

# Journal

4 2011

*Bund Katholischer Unternehmer e.V.*

## Mikrofinanz

Muhammad Yunus  
zu Gast in Frankfurt

## Nachhaltigkeit

Minister Röttgen bei  
der BKU-Bundestagung

## Papstbesuch

Eindrücke und  
Aktivitäten des BKU





5 Nachhaltigkeit: Bundesumweltminister Röttgen beim BKU



21 Dichte Atmosphäre: die Papstmesse in Berlin

- **SCHWERPUNKT: BKU-Bundestagung**
- 04 Röttgen: Kapitalmarkt testet Europa  
Umweltminister sprach auf der BKU-Tagung
- 05 Auf Pump gelebt  
Burgbacher und die „Nachhaltigkeitslücke“
- 06 Kleinstaat in einer globalisierten Welt  
Wirtschaftsminister berichtete aus Liechtenstein
- 08 „Uraufgabe des Unternehmers“  
Das BKU-Konzept zur Nachhaltigkeit
- 09 „Handy statt Mäuseklavier“  
Technische Visionen und praktische Aspekte
- **INITIATIVEN UND IDEEN**
- 12 EKD bekennt sich zum Dritten Weg
- **SONDERTEIL MIKROFINANZ**
- 15 „Das Finanzsystem ist falsch“  
Friedensnobelpreisträger Yunus in Frankfurt
- 16 „Kommerzialisierung ist erwünscht“  
Deutschlands erster Mikrofinanzfonds
- 18 Mikrofinanz? Ja, bitte!  
Der Trend geht zur Professionalisierung
- **SONDERTEIL ZUM PAPSTBESUCH**
- 19 Unsere „Hausaufgaben“  
Auswirkungen des Papstbesuches
- 21 Gottesdienstbesucher, Pilger, Helfer  
Beim Papstbesuch war der BKU gut vertreten
- 22 Der Barock-Himmel auf Erden  
BKU-Wallfahrt zur Papstmesse
- **TAGUNGEN**
- 23 Fachfrauen gegen Fachkräftemangel  
BKU lud zum Unternehmerdialog
- 25 „Hoheitliche Konkursverschleppung“  
Kommende-Forum zur Schuldenkrise
- **FORUM**
- 26 Wo blieb das Gastgeschenk?  
Die Ökumene nach dem Papstbesuch
- 27 Bischöfe beschließen Weltbild-Verkauf  
Konsequenzen der Erotik-Angebote
- **AUS DEN ARBEITSKREISEN**
- 28 Weiterbildung auf den Philippinen  
AFOS-Stiftung weitet Engagement aus
- 29 Wulff mahnt Verlässlichkeit an  
Entwicklungshilfe-Ministerium feiert Jubiläum
- 30 Führen Christen anders?  
BKU-Einkehrtag
- **MENSCHEN IM BKU**
- 32 Georg Fahrenschon wird BKU Mitglied
- 33 Wilhelm-Weber-Preis für Lothar Roos
- 40 Zeitzeuge: Dr. Hermann Herder ist tot
- **BKU-INTERN 35-39**
- **GRÜNE SEITEN**
- Politik als Mühen um Gerechtigkeit  
Die Papst-Rede im Bundestag



## Der Papst war da

**Allen Mitgliedern und Freunden des BKU sowie ihren Familien und Mitarbeitern wünschen wir eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit sowie einen guten Start ins Jahr 2012.**

Bemerkenswert an diesem Besuch war, was der Papst nicht gesagt hat. Er ist nicht auf das eingegangen, was man von ihm erwartete, nämlich auf einen „Dialogprozess“, der alles offenlässt und zur Verhandlungssache erklärt.

Manche erwarteten erbauliche Aussagen über finanzpolitische Rettungsschirme und dergleichen. Stattdessen konzentrierte der Papst die Aufmerksamkeit der Parlamentarier auf das, was wesentlich ist. Wesentlich in der Demokratie ist nicht das formale Mehrheitsprinzip, sondern das Natur- und Menschenrecht.

Schließlich die Sache mit der „Entweltlichung“. In seiner Freiburger Rede ging es dem Papst um die Glaubwürdigkeit einer Ortskirche, die allzu stark in weltliche Dinge verstrickt ist. Es geht um die Freiheit einer Kirche, die sich allzu sehr hat einbinden lassen in politische, wirtschaftliche und kulturelle Abhängigkeiten. Wo diese dem Verkündigungsauftrag im Wege stehen, müssen sie aufgelöst werden. Das bedeutet „Entweltlichung“.

Ob dazu auch der Abschied vom deutschen Kirchensteuersystem gehört? Wer nicht zahlen will, wird exkommuniziert? Die glaubwürdige Lebensform der Kirche darf nicht von staatlichen Privilegien abhängen. Aber auch nicht vom ökonomischen Nutzenkalkül.

Vor allem kann sich eine Kirche, die den Unternehmern Moral predigt, nicht selber in eine Schmutzdecke begeben, in der sich mit Sex, Crime und Esoterik Geld verdienen lässt. Das Weltbild der Kirche sollte nicht mit dem gleichnamigen Verlag verwechselt werden. Ent-„Weltbild“-lichung ist angesagt, und zwar subito!

Wolfgang Ockenfels,  
Geistlicher Berater des BKU

### Letzte Meldung

#### Dieter Althaus wird BKU-Mitglied



Foto: Homepage Althaus

Der BKU freut sich über ein prominentes neues Mitglied. Dieter Althaus, ehemaliger Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, ist dem Bund im November beigetreten. Althaus ist dem BKU schon lange freundschaftlich verbunden und war bereits mehrfach Gast auf BKU-Veranstaltungen. Er ist außerdem Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Althaus arbeitet heute als Vice President Governmental Affairs für den österreichisch-kanadischen Autozulieferer Magna Europe.



Das BKU-Journal wird gedruckt auf Papier, das gemäß dem Forest Stewardship Council (FSC) für nachhaltige Forstwirtschaft zertifiziert ist.

# Der Kapitalmarkt testet Europa

Umweltminister Röttgen sprach auf der BKU-Bundestagung in Aachen



Ein Dankeschön nach einer gelungenen Tagung: die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött, MdB (v.li.), mit dem Vorsitzenden der DG Aachen, Andree Brüning. Prominentester Redner war Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen.

**Das Experiment ist gelungen: Es sei ein Wagnis gewesen, die BKU-Bundestagung im tiefen Westen in Aachen auszurichten, sagte der Vorsitzende der gastgebenden Diözesangruppe, Andree Brüning, zum Auftakt der Veranstaltung. Doch der Blick auf die rund 150 Teilnehmer, die er und die BKU-Bundesvorsitzende Marie-Luise Dött, MdB, begrüßen konnten, bestätigte diese Planung.**

Unter der Überschrift „Von der Vision zur Praxis: Nachhaltigkeit neu denken“ griff die Tagung vom 7. bis 9. Oktober das BKU-Jahresthema auf. Als prominentester Redner erklärte Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen, was nachhaltige Politik kennzeichnet: „Heute entscheiden, nicht im Horizont auf die nächste Wahl, sondern mit Blick auf die nächste Generation.“ Wie das funktionieren kann, beschrieben unter anderem Wirtschafts-Staatssekretär Ernst Burgbacher, MdB (Seite 5), und der stellvertretende Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Dr. Martin Meyer (S. 6). Die Vorstellungen des BKU präsentierte Arbeitskreis-Leiter Prof. Dr. Ernst Hagenmeyer (S. 8).

Umweltminister Röttgen stellte in seinem Vortrag eine rhetorische Frage: „Wir sollen für 10-Jährige Politik machen und damit auch noch Wahlen gewinnen?“ Er ist überzeugt, dass das kein Widerspruch ist, und sparte nicht mit Kritik an der Politik der vergangenen Jahrzehnte: „Wir haben uns so viel Hybris erlaubt und so über unsere Verhältnisse gelebt, dass ein Nachhaltigkeits-Ethos auch eine machtpolitische Chance ist.“

**Röttgens langfristige Vision** ist eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft vor dem Hintergrund von Globalisierung und Klimawandel. „Wir leben in einer Welt und werden an den Folgen teilnehmen“, sagte der Minister über die drohende Erderwärmung. „Wir sind ihnen aber nicht ausgeliefert.“ Der Klimawandel löse einen neuen Wettbewerb hin zu einem ressourcenschonenden Wirtschaften aus. Deutschland sei das erste große Industrieland, das sich in der Energiepolitik ein Anwendungsfeld suche, indem es seine Energieversorgung auf neue Säulen stelle. „Wir wollen daraus eine Erfolgsgeschichte machen – keine ideologische, sondern eine effiziente und bürgernahe.“

**Ein flammendes Plädoyer** für Europa hielt der Minister mit Blick auf die Schuldenkrise einiger EU-Mitglieder. „Ich bin überzeugt, dass die Finanzkrise keine Griechenland-Krise ist“, stellte Röttgen klar. Die 350 Milliarden Euro Schulden Griechenlands seien nicht das Thema. Die Krise habe vielmehr eine historische Dimension, die weit über finanzpolitische Fragen hinausreiche. „Vom Kapitalmarkt wird getestet, ob die Europäer bereit sind, ihre gemeinsame Währung zu verteidigen. Es geht um die politische, ökonomische und kulturelle Selbstbehauptung Europas, die jetzt getestet wird. Das ist eine historische Zeit“, sagte der Minister. Es gehe um die Wahl zwischen Europa und der Bedeutungslosigkeit, denn: „Es gibt kein Politikfeld mehr, auf das ein einzelner europäischer Nationalstaat noch Einfluss hat.“ Für seine Ausführungen erhielt der Bundesminister viel Applaus. Im Plenum gab es jedoch auch zweifelnde Stimmen, die fragten, ob Röttgens Kurs auch der der CDU sei. Seine Antwort: „Ich fühle mich mit dem, was ich gesagt habe, in der Mitte der Partei zu Hause.“

Markus Fels

## Auf Pump gelebt

Staatssekretär Burgbacher kritisierte die „Nachhaltigkeitslücke“

**Eine große Nachhaltigkeitslücke im Bundeshaushalt sieht der Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Ernst Burgbacher, MdB. Grund genug für ihn, in Aachen mit der Politik hart ins Gericht zu gehen.**

„Jede Generation muss ihre Probleme selbst lösen. Unser größter Fehler in den vergangenen 40 Jahren: Wir haben auf Pump gelebt. Deshalb ist die Schuldenbremse ein wirklicher Politikwechsel, der in Europa durchgängig zum Prinzip werden muss“, sagte der Politiker.

**Lobend äußerte sich** das Mitglied des FDP-Bundesvorstandes über den deutschen Mittelstand. „Der Mittelstand ist mehr als ein Spektrum der Wirtschaft. Mittelstand ist eine Weltanschauung“, sagte Burgbacher. Tradition und Zukunft stünden im stark durch Familienunternehmen geprägten Mittelstand in einem unauflöselichen Verhältnis. Kritik übte der Staatssekretär an dem in Medien



Viel Lob für den Mittelstand formulierte Wirtschafts-Staatssekretär Ernst Burgbacher.

und Gesellschaft häufig negativen Image des Unternehmertums. „Das Unternehmerbild hat bei uns

manchmal mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Die Unternehmer haben in der Krise gezeigt, mit wie viel Verantwortung sie ihre Firmen führen“, erklärte Burgbacher und verwies darauf, dass Deutschland ohne größere Entlassungen durch die Krise gekommen sei.

**Ordnungspolitische Bedenken** formulierte er mit Blick auf den aktuellen – subventionierten – Umgang mit Wind- und Solarenergie: „20 Prozent Einsatz regenerativer Energien bedeutet auch, dass wir 20 Prozent der Energieversorgung dem Wettbewerb entzogen haben. Das ist nicht mehr steigerbar“, mahnte er.

Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels in Deutschland forderte der Freidemokrat: „Wir werden mehr Zuwanderung aus dem Ausland brauchen. Wir müssen rote Teppiche ausrollen, statt Studenten aus dem Ausland zu vermitteln, dass sie Deutschland nach ihrem Abschluss so schnell wie möglich wieder verlassen sollen.“ Markus Fels

## Die Schöpfung erhalten

Heilige Messe im Aachener Dom mit Bischof Mussinghoff

**Weitere inhaltliche Impulse bekamen die Teilnehmer auch in der Predigt von Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff, der mit der Gruppe im Aachener Dom die heilige Messe feierte.**

„Der relativ neue Begriff der Nachhaltigkeit will eine Entwicklung, die die Bedürfnisse heutiger Generationen erfüllt, ohne den künftigen Generationen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Bedürfnisse zu erfüllen“, sagte der Bischof. Die Nachhaltigkeit trete ein für gleiche Lebenschancen künftiger Generationen: „Sie will den Erhalt der Schöpfung mit ihren natürli-



Auch in der Predigt von Bischof Mussinghoff wurde das Tagungsthema Nachhaltigkeit aufgegriffen.

Foto: Bistum Aachen

chen Ressourcen, sie beinhaltet gleiches Recht auf global zugängliche Ressourcen und verlangt die Beobachtung von Zeitmaßen und Regenerationsraten natürlicher Prozesse. Es geht um die ordnungsethische Ausgestaltung der Schöpfungsverantwortung, in die wir gerufen sind“, erklärte er.

**Mussinghoff lobte** den BKU als eine Organisation, in der Menschen mit Mut und Risikofreude Unternehmen gestalteten, indem sie die Katholische Soziallehre verwirklichten und weiterentwickelten.

Unt

# Kleinstaat in einer globalisierten Welt

Europa I: Wirtschaftsminister Meyer berichtete aus Liechtenstein

**Wie Liechtenstein im internationalen Wettbewerb bestehen und dabei auf Nachhaltigkeit setzen will, erfuhren die Teilnehmer vom stellvertretenden Regierungschef des Fürstentums, Dr. Martin Meyer.**

Meyer ist seit 2009 Vize-Regierungschef und Minister für Wirtschaft, Bau und Verkehr. Über sein Heimatland sagte der studierte Betriebswirt: „Wir haben Globalisierung immer als Herausforderung betrachtet, denn als Kleinstaat haben wir keinen heimischen Markt.“

**Entgegen der gängigen** Wahrnehmung lebe Liechtenstein nicht zuallererst von der Finanzwirtschaft. Industrie und produzierendes Gewerbe hätten einen Anteil an der Wertschöpfung von 36 Prozent. Erst danach folge der Finanzplatz mit einem Anteil von 30 Prozent.

In einer „Agenda 2020“ hat die liechtensteinische Regierung ihre



Einen Blick ins Nachbarland Liechtenstein gewährte der Wirtschaftsminister des Fürstentums, Dr. Martin Meyer.

mittelfristige Vision für das Fürstentum dargelegt. Eckpfeiler der Agenda seien die Werte Selbstbestimmung, Sicherheit und Humanismus. Ein nicht unbedeutender Teil der Agenda ist der Zukunft des Finanzplatzes gewidmet. Meyer verwies auf die Liechtensteiner

Erklärung vom März 2009, mit der sich das Fürstentum bereit erklärte, die OECD-Standards der Transparenz und des Informationsaustausches in Steuerfragen anzuerkennen, damit sowohl dem globalen Problem der Steuerhinterziehung als auch der Doppelbesteuerung begegnet werden kann.

**Im Vergleich** zu anderen Nationen habe Liechtenstein die Finanzkrise verhältnismäßig gut bewältigt; zu Entlassungswellen sei es nicht gekommen. „Als eines der wenigen Länder sind wir nicht verschuldet. Wir haben das Jahresbudget anderthalb mal anhängig“, erläuterte Meyer. Dies bedeute allerdings nicht, dass das Fürstentum bereits jetzt in der Lage ist, der nächsten Generation keine Schulden mehr zu hinterlassen. Im Jahr 2007 hätte eine Untersuchung ergeben, dass der Staat eine Nachhaltigkeitslücke in Höhe von 39 Prozent habe.

Markus Fels

# Die Geburtsstadt des Euro

Europa II: Tagungsteilnehmer besuchten das niederländische Maastricht

**Der Tagungsort Aachen liegt im Dreiländereck von Deutschland, Belgien und den Niederlanden. Ein Ausflug ins benachbarte Maastricht bot sich damit an.**

Die niederländische Stadt liegt nur eine halbe Busstunde von Aachen entfernt. Reste der Stadtmauer zeugen heute noch von einer wechselvollen Geschichte mit mehreren Belagerungen. Heute ist die Stadt an der Maas ein viel besuchtes Ausflugs- und Einkaufsziel. In der Stadtführung wurden die BKUler auch noch einmal an die Maastrichter Verträge erinnert, mit denen die Gemeinschaftswährung Euro besiegelt wurde.



Kleine Stadt mit historischem Namen: Stadtführung im niederländischen Maastricht.



An ein Varieté-Theater aus den 1920er-Jahren erinnert das Aachener Restaurant „Stairs“, in dem das festliche Abendessen der Bundestagung stattfand. Zur Begrüßung der Gäste „schwebten“ auf der beleuchteten Freitreppe: DG-Vorstand Andree Brüning (v.li.), das Aachener BKU-Mitglied Reiner Schnittler und die Bundsvorsitzende Marie-Luise Dött, MdB.



Eine exklusive Führung über die Dächer des zum Weltkulturerbe gehörenden Kaiserdomes organisierte der Geistliche Berater der Diözesangruppe Aachen, Monsignore Helmut Poqué (Foto oben rechts). Der Zeitplan der Tagung ließ dieses Mal bewusst viel Zeit für Diskussionen zwischen Teilnehmern und Rednern (li.).

### Einladung nach Paderborn



Zu einem Empfang im historischen Rathaus der Stadt Aachen bat Oberbürgermeister Marcel Philipp (links) den BKU.

Als Vertreter der selbstbewussten und streitbaren Region Ostwestfalen präsentierte sich der Vorsitzende der Diözesangruppe Paderborn, Ferdinand Klingenthal (Bild). Bereits im Jahre 9 nach Christus hätten die Einheimischen hier die Römer vertrieben. Auch Kaiser Karl der Große war seinerzeit in Paderborn, das vom 5. bis 7. Oktober 2012 Gastgeber der nächsten BKU-Bundestagung sein wird.

# „Uraufgabe des Unternehmers“

Prof. Ernst Hagenmeyer präsentierte das BKU-Konzept zur Nachhaltigkeit

**Das BKU-Modell zur Nachhaltigkeit stellte der Vorsitzende des gleichnamigen Arbeitskreises, Prof. Dr. Ernst Hagenmeyer, vor.**

„Die wichtigste Voraussetzung für nachhaltiges Denken ist die Übernahme von Verantwortung. Sie drückt sich darin aus, bereit und fähig zu sein, sozusagen einen Wechsel auf die Zukunft auszustellen“, sagte Hagenmeyer. Er unterstrich, dass „Nachhaltigkeit eine Uraufgabe des Unternehmers ist“.

„**Im Mittelpunkt** christlicher Umweltethik stehe aber nicht ein Konzept natürlicher Umwelt, in dem der Mensch als Bedrohung erscheine. Ein Naturalismus oder eine ‚Ökodiktatur‘, die ökologische Zielvorstellungen gesellschaftlichen und politischen Errungenschaften vorordnet, widerspricht einer am Personalitätsprinzip orientierten christlichen Ethik. Auch im Mittelpunkt der Umweltethik steht der Mensch als Geschöpf nach dem Abbild Gottes“, betonte er.

Der BKU hat vier zentrale Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft näher analysiert und ordnungspolitische Vorschläge gemacht, wie sie nachhaltig gestaltet werden können: gesellschaftliche Nachhaltigkeit, Energie, Mobilität sowie Bauen und Wohnen.

**Als zentrales Defizit** von Bund, Ländern und Gemeinden auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft identifizierte Hagenmeyer deren Verschuldung. Zur expliziten Verschuldung, die sich 2010 mit insgesamt gut zwei Billionen Euro auf 83,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belaufen habe, müsse noch eine implizite Verschuldung hinzuge-rechnet werden. Diese bestehe unter anderem aus Ansprüchen der heutigen Beitragszahler und



Prof. Dr. Ernst Hagenmeyer

Beamten an Sozialversicherungen und Pensionskassen. „Summa summarum ergibt sich so eine de facto Staatsverschuldung von circa 240 Prozent des BIP“, rechnete Hagenmeyer vor. Die Maas-tricht-Kriterien formulierten indes eine Obergrenze von 60 Prozent.

„**Ein Beispiel** für nicht nachhaltiges Handeln ist die Energiepolitik der gegenwärtigen Regierung, die uns innerhalb eines Jahres zunächst eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken und dann ein überstürztes Abschalten von sieben willkürlich gewählten Anlagen zumutet, ohne zu sagen warum so und wie es denn weitergehen soll“, monierte Hagenmeyer. Der BKU fordert, den Zertifikatehandel als den am marktkonformsten Weg weiter auszubauen – und zwar global. Solange der Zertifikatehandel nicht funktioniert, sollte ersatzweise eine verwendungsunabhängige, strikt verbrauchs- oder emissionsbezogene Energiebesteuerung eingeführt werden, damit die externen Kosten adäquat in die Preisbildung eingehen. Marktverzerrungen infolge von Dauersubventionen müssen unterbleiben.

In der Verkehrspolitik fordert der BKU den Vorrang nutzungsbezogener Abgaben vor allgemeiner Besteuerung des Verkehrs und staatliche Anreize für weniger individuelle Fahrleistungen.

**Im Bereich Wohnen** und Bauen sollte ein Schwerpunkt der Förderung bei der Verbesserung der Energieeffizienz von Altbauten liegen. „Derzeit werden nur zwischen ein und zwei Prozent des deutschen Immobilienbestandes pro Jahr energetisch saniert. Dies würde bedeuten, dass es mehr als 50 Jahre dauern würde, den gesamten Bestand auf moderne energetische Standards zu bringen. Hier gibt es einen dringenden Handlungsbedarf“, erläuterte Hagenmeyer. Der BKU regt deshalb an, die Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit sowie die Programme der KfW für zinsverbilligte Darlehen auszuweiten.

**Hagenmeyer unterstrich**, dass der BKU auf dem Boden der Katholischen Soziallehre eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Ordnung vertritt. „Die herausragende Aufgabe unserer Zeit ist es, zu dem erfolgreichen Wertepaar Ökonomie und Soziales eine nachhaltige Ökologie hinzuzufügen.“ In einer globalisierten Welt sei die Reichweite einzelstaatlicher Maßnahmen jedoch begrenzt. „Dies wird ganz besonders in ökologischen Fragen sichtbar“, sagte Hagenmeyer. Eine Regulierung „von oben“ sei, auch angesichts nationalstaatlicher Eigeninteressen, eine Illusion. Deshalb sei als Regulierung „von unten“ der individual-ethische Ansatz des einzelnen Bürgers und Unternehmers von großer Bedeutung. „Durch Erziehung, Bildung und Aufklärung ist der Einzelne in der Lage, langfristig Verantwortung zu übernehmen und so in Freiheit zu einer besseren Welt beizutragen, die durch Verordnungen allein nicht geschaffen werden kann.“

Markus Fels

Das BKU-Konzept Nachhaltigkeit wird in Kürze als Broschüre veröffentlicht.

# „Handy statt Mäuseklavier“

In den Podien ging es um technische Visionen und praktische Aspekte



Diskussion in den Panels: BKU-Unternehmer Johannes Oswald (v.li.), IT-Fachmann Thomas Neukirch und der Wissenschaftler Klaus Scherer.

**Um technische Visionen und Nachhaltigkeit in der Praxis ging es in einem der beiden Panels, in die sich die Tagung am zweiten Tag aufteilte.**

Der Leiter Gesamtmanagement des Fraunhofer Inhouse-Zentrums für intelligente Raum- und Gebäudesysteme, Klaus Scherer, beschrieb die Vision einer „smarten“ Stadt der Zukunft, in der Verkehr und Gebäude intelligent miteinander vernetzt sind.

**Vorangetrieben** werden diese Pläne von zwei Faktoren: dem demografischen Wandel und der geplanten Energiewende. Für beide Herausforderungen zeigte Scherer Lösungen, die zumindest im Labor und in Musterhäusern schon realisiert sind: ferngesteuerte Notrufe, automatische Abschaltungen überhitzter Herde oder die Fernwartung defekter Geräte. Eine intelligente Steuerung von Heizung oder Licht könnte zudem den Energieverbrauch im Haushalt spürbar reduzieren, glaubt Scherer. Auch könne es solche Technik alten Menschen ermöglichen, länger in ihren Häusern zu leben: Eine weitere Erleichterung für den Alltag sieht Scherer in der Abschaffung der zahlreichen Fernsteue-

rungen („Mäuseklaviere“) im Haushalt. Er geht davon aus, dass sich schon bald alle elektronischen Geräte im Haushalt über das Handy steuern lassen.

**Ähnliche Ideen**, aber ganz andere Probleme hat Thomas Neukirch, der erste Direktor und erste Geschäftsführer des Brandenburgischen IT-Dienstleisters in Potsdam. Sein Unternehmen soll mit dazu beitragen, Infrastruktur und Verwaltung dieses Bundeslandes auch in Zeiten des demografischen Wandels aufrechtzuhalten. Dabei erlebt er immer wieder, dass sich die Landesverwaltung viele Doppelstrukturen leistet, die erst nach der Wiedervereinigung geschaffen wurden. Zur Illustration zeigte er ein Foto aus dem Eingang eines Landeslabors: Dort hängen die Stechuhren von vier (!) unterschiedlichen Zeiterfassungssystemen der Mitarbeiter, die alle den gleichen Dienstherrn haben. Mit Vereinheitlichung und Technologie könne hier noch viel Geld gespart werden, sagte er. Doch bevor das gelingt, müsse oft erst Geld investiert werden – und alle Beteiligten Menschen vom Sinn der Umstellung überzeugt werden. In Panel II. vertrat Wolf-Dieter Mangler, Professor für Betriebs-

wirtschaftslehre an der Hochschule Niederrhein, die Ansicht, dass Entlassungen „weder nachhaltig noch ökonomisch sinnvoll“ sind. Die Nichtinanspruchnahme menschlicher Arbeit sei Ressourcenvergeudung. „Ökonomen sagen zwar, dass Entlassungen möglich sein müssen, da in Krisenzeiten sofort ein großer Kostenblock wegfällt. Dieses Denken ist aber nicht einmal ökonomisch, denn nach der Krise müssen die Unternehmen erneut Geld investieren, um Mitarbeiter einzustellen.“

**Die medienpolitische Sprecherin** der CDU-Fraktion im Landtag NRW, Andrea Verpoorten, analysierte das Modell der Corporate Social Responsibility. Dieses sei nur dann ein Wegweiser für nachhaltigen Unternehmenserfolg, wenn es prägend für die gesamte Unternehmenskultur sei. „Sagen, was man tut, und tun, was man sagt. Das macht glaubwürdige unternehmerische Gesellschaftsverantwortung aus“, erläuterte die Abgeordnete.

**Johannes Oswald**, geschäftsführender Gesellschafter der Oswald Elektromotoren GmbH im bayerischen Miltenberg, erklärte, dass es für mittelständische Unternehmen leichter sei als für Konzerne, nachhaltig und verantwortungsvoll zu agieren. „Als Mittelständler kenne ich mein Produkt, meine Mitarbeiter, bin meinem Standort verbunden und denke langfristig. Anders als anonyme Großunternehmen, sind wir Mittelständler Teil einer Gesellschaft.“ Kritik an dieser Sichtweise kam von BKU-Bundesvize Burkhard Leffers: „Ich teile die Ansicht nicht, dass Großunternehmen anonym sind. Dort handeln auch Menschen. Die Mittelständler sind die Guten, die Konzerne die Bösen – diese Gleichung stimmt nicht.“

Unt/Fe

## Klimazertifikate sind wie Ablassbriefe

Sydneys Kardinal George Pell hat Klimazertifikate mit „dem vorreformatorischen Verkauf von Ablassbriefen“ verglichen. Die Kosten für den Kampf gegen globale Erwärmung würden anfänglich wohl den „Großverschmutzern“ aufgeladen, von diesen aber an die Endkunden weitergereicht, sagte er Ende Oktober in London. Die Finanzlast, die der Wirtschaft auferlegt werde, komme Opfern gleich, die üblicherweise in Religionen dargebracht würden. Pell hielt den Jahresvortrag bei der „Global Warming Policy Foundation“. Die Stiftung ist skeptisch gegenüber der These eines durch Menschen beeinflussten Klimawandels. KNA

## Kein Ethikunterricht an Grundschulen

In Baden-Württemberg gibt es auch künftig keinen Ethikunterricht an Grundschulen. Das Verwaltungsgericht Freiburg wies die Klage einer Mutter ab, die für ihren Sohn als Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht ein Ethikangebot einklagen wollte. In Baden-Württemberg wird Ethikunterricht als Alternative zum Religionsunterricht erst ab Klasse 7 in Gymnasien und ab Klasse 8 in Haupt- und Realschulen angeboten. KNA

## „Wieder gut aufgestellt“

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland

**Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) ist nach Einschätzung ihres Vorsitzenden, des Braunschweiger evangelischen Landesbischofs Friedrich Weber, nach einer „sehr schwierigen“ Phase wieder „gut aufgestellt“.**

Drastische Kürzungen der Mitgliedsbeiträge der beiden großen Kirchen hätten „Diskussionen nicht

## Steve Jobs als „Missionar“

Bischof Schick sieht Apple-Gründer als Vorbild

**Der Bamberger katholische Erzbischof Ludwig Schick empfiehlt allen Christen, sich vom Missionseifer des verstorbenen Apple-Gründers Steve Jobs inspirieren zu lassen.**

Der IT-Pionier habe an seine Produkte geglaubt und erfolgreich die Botschaft vermittelt, dass sie dem Leben mehr Glanz und Zufriedenheit gäben, sagte Schick Ende Oktober zum Weltmissionssonntag in Bamberg. Von seinen Mitarbeitern habe Jobs erwartet, dass sie an die „iWelt“ glauben und nicht zuerst auf Geld hoffen. Christen hätten jedoch den Menschen Besseres und Wichtigeres zu



Gedenkveranstaltung für Steve Jobs. Foto: 2011 Apple Inc.

bringen als das iPhone, nämlich das Reich Gottes. Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz rief alle Christen auf, zu aktiven Missionaren zu werden. Die Vision vom Reich Gottes verheiße Gerechtigkeit, Frieden und Freude für alle Menschen. KNA

## „Piratenpartei ist radikal antikirchlich“

Für „ziemlich abstrus“ hält der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Karl Jüsten, die Forderungen der Piratenpartei. Der Kirche mache vor allem die „radikal antikirchliche Haltung Sorge“, die etwa auf Wahlplakaten geäußert worden sei. Man müsse sehen, ob die Piraten eine reine Protestpartei seien oder ob deren Wähler tatsächlich hinter den Forderungen stünden, so der Prälat. Die Partei fordert unter anderem die strikte Trennung von Kirche und Staat. KNA

## Kultursenatorin beklagt Glockenlärm

Mit Befremden hat der evangelische Kirchenkreis Lübeck auf die Kritik von Kultursenatorin Annette Borns (SPD) am Glockenläuten ausgelöst. Die Politikerin beklagte sich auf Facebook über das frühe Läuten der Altstadtkirchen am Sonntag. „Domgeläut, Schlaf vorbei. Muss das wirklich um 8.00 Uhr jeden Sonntag sein?“, wird Borns in den Lübecker Nachrichten zitiert. Die zum Weltkulturerbe gehörende Stadtsilhouette wird durch Kirchtürme geprägt. KNA

# Nicht ins Ghetto zurückziehen

Milieuforscher Wippermann mahnt die Kirche

Der Milieuforscher Carsten Wippermann rät der katholischen Kirche davon ab, sich in ein selbst gewähltes „Ghetto“ zurückzuziehen, indem sie sich auf eine streng katholische „Kernklientel“ konzentriert.

„Wenn Kirche tatsächlich Kirche für die Menschen sein will, kann sie nicht kategorisch sagen, ich konzentriere mich auf ein bestimmtes Segment, von dem wir wissen, dass es nach und nach immer kleiner wird“, sagte der Theologe und Soziologe der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Denn dann drohe die Kirche „zu einer Institution von immer weniger Eingeweihten in einer immer kleineren Nische zu werden“.

Nach dem Papstbesuch hätten einige die Worte von Benedikt XVI. als eine Art „Zielgruppenformulierung“ angesehen, sich vor allem an den Menschen zu orientieren, „bei denen unsere Botschaften in



der Weise ankommen, wie wir sie formuliert haben“. Wippermann hält es dagegen für wichtiger, auch neue Wege in Seelsorge und Verkündigung zu gehen und dabei

auch auf bisher kirchenferne Milieus zuzugehen, ohne „den theologischen Kern aufzugeben oder substantiell zu verändern“.

KNA

# Jungunternehmer suchen Austausch

Eine Anregung der BKU-Mitglieder Patricia Ehret und Martin Steffens

**In der BKU-Diözesangruppe Freiburg beschäftigen wir uns in einem kleinen Kreis junger Unternehmer und Freiberufler seit Kurzem mit der Frage, wie wir den Kreis an Gründern und Jungunternehmern in unserer Region, aber auch im BKU insgesamt erweitern können.**

Mit welchen Themen, Veranstaltungen und Informationen sprechen wir junge katholische Unternehmer und Gründer heute an? Wir vermuten, wir werden deutschlandweit nicht die einzigen sein, die sich darüber Gedanken machen.

Zeitlich sind Jungunternehmerinnen und Unternehmer in ihrer derzeitigen Lebensphase enorm

beansprucht. Sie gründen oftmals in der intensiven beruflichen Aufbauphase parallel ihre Familie in einem auf moderne Familienmodelle kaum eingestellten gesellschaftlichen Umfeld. Ehrenamtliches Engagement leisten viele bereits in der Kirchengemeinde, im Kindergarten oder in der Schule, in Vereinen oder auf kultureller wie sozialer Ebene.

Einen interessanten Ansatz für die Ansprache von Jungunternehmern sehen wir in einem gezielten, auf die Bedürfnisse von Existenzgründern zugeschnittenen persönlichen Austausch über die Unternehmer-Generationen hinweg.

Wir suchen im BKU Gleichhandelnde, die eine Plattform für einen

solchen Austausch zwischen Jungunternehmern und gestandenen Unternehmerpersönlichkeiten gemeinsam mit unseren Geistlichen Beratern wünschen. Auf diesem Wege könnten sich katholische Jungunternehmer im BKU miteinander vernetzen und Unternehmer-Generationen-übergreifend einen gegenseitigen fruchtbaren Wissenstransfer fördern.

Wir freuen uns über Anregungen und konkrete Ideen für diözesangruppenübergreifende Zusammenarbeit.

Martin Steffens, E-Mail: ms@wertbeitrag.net, Telefon: +49 (0)761 59 56 299, Patricia Ehret, E-Mail: Patricia.Ehret@gmx.de, Telefon: +49 (0)7641 91 81-0.

# EKD bekennt sich zum Dritten Weg

Synode in Magdeburg beschließt Dritten Weg für gesamte Diakonie

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich zum Dritten Weg als „Leitwahrung“ des Arbeitsrechts in ihren Einrichtungen und in ihrer Diakonie bekannt.

Mehrheitlich verabschiedeten die Mitglieder der EKD-Synode im Oktober in Magdeburg das „Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz“, das unter anderem Arbeitskampfmaßnahmen wie Streik und Aussperrungen in der Diakonie ausschließt. Bisher gab es in den verschiedenen Landeskirchen und Diakonischen Werken unterschiedliche arbeitsrechtliche Regelungen. Mit dem neuen Gesetz erhält der Dritte Weg in der Diakonie insgesamt eine kirchengesetzliche Grundlage.

In den Tagen davor hatte es eine unter anderem von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di forcierte kontroverse Debatte um die Neuregelung gegeben. Ver.di fordert Tarifverträge auch in den Kirchen und ein Streikrecht für deren Mitarbeiter. Vor dem Bundesarbeitsgericht ist ein Verfahren anhängig, bei dem über die Zulässigkeit des Streikverbots in der Kirche entschieden werden soll.

Daraufhin hatten die Synodalen in einer zusätzlichen „Kundgebung“ Ausgliederungen, Leiharbeit und weitere Missstände in der Diakonie kritisiert und Verbesserungen eingefordert. Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier begrüßte die Neuregelung. „Damit wird der arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werks der EKD eine Legitimation gegeben, die ich für notwendig und wertschätzend halte“, sagte Stockmeier der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Er wolle sich für eine Umsetzung der Forderungen aus der Kundgebung einsetzen.



Beim Dritten Weg handelt es sich um eine konsensorientierte Suche nach einem Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bereich der Kirchen. Das Betriebsverfassungsgesetz und die Möglichkeiten von Streiks und Aussperrung gelten für die Kirchen nicht. Alle Fragen des Tarifrechts werden durch paritätisch aus Dienstgebern und Dienstnehmern besetzte Kommissionen geregelt.

Bei der Einbringung des Kirchengesetzes verteidigte das EKD-Ratsmitglied Marlehn Thieme den Dritten Weg. Er sei „erfolgreich und adäquat, wenn sich alle Beteiligten an die grundsätzlichen Verfahrensregeln halten“. Allerdings sei dem Rat der EKD bewusst, dass dies nicht in allen Kircheneinrichtungen der Fall sei. Er setze sich deshalb für eine „strukturelle Parität der Mitarbeiter“ ein. Zudem wolle er mehr zeitliche Ressourcen, eine bessere Fortbildung und juristische Fachberatung der Mitarbeitervertreter fördern.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese bezeichnete in der Debatte das Streikrecht als „Grundrecht abhängig Beschäftigter“. In einem Antrag forderte sie die Einrichtung einer bundesweiten Mitarbeitervertretung für

die Diakonie. Auf scharfe Kritik stieß der Gesetzentwurf vor allem bei Synodalen aus der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche. Dort und in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz gibt es neben dem Dritten Weg auch Tarifverträge, die von Kirche und Diakonie mit Gewerkschaften abgeschlossen wurden. Sie schließen ebenfalls ein Streikrecht aus.

Die Präses der EKD-Synode, Katrin Göring-Eckardt, verteidigte den „Dritten Weg“, versprach den Teilnehmern einer von der Gewerkschaft Ver.di initiierten Kundgebung aber zugleich, gegen Leiharbeit und Dumpinglöhne in der Diakonie vorgehen zu wollen. „Wir sehen deutlich nach, was schief läuft – und es läuft verdammt viel schief“, erklärte sie. Die Kirche wolle mit dem neuen Arbeitsrecht genau hinschauen, wo Regeln verletzt würden.

Der BKU hat sich in der Debatte um den „Dritten Weg“ bereits positioniert (vgl. BKU-Journal 2/2011, S. 14 f.). Der Verband beobachtet mit großer Sorge, dass das seit Jahrzehnten bewährte Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Deutschland immer häufiger infrage gestellt wird.

BKU/KNA

# Aus befreundeten Verbänden

## Dött gratuliert Ilse Falk

Die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött hat Ilse Falk zur Wahl als neue Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland gratuliert. „Sie übernehmen Ihr Amt in einer Zeit, in der die Bedeutung christlicher Werte in der Gesellschaft schwindet. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist es wichtiger denn je, dass sich Christen weiterhin dafür einsetzen, unsere Gesellschaft mitzugestalten“, schrieb Dött an die ehemalige CDU/CSU-Fraktionsvize.

## KU-Präsident Schenk ist im Amt



Richard Schenk Foto: KU-Eichstätt

Der neue Präsident der Katholischen Universität Eichstätt/Ingolstadt (KU), Richard Schenk (Bild), ist im November offiziell in sein Amt eingeführt worden. Der US-amerikanische Dominikanertheologe hatte sich bei der Präsidentenwahl im Mai gegen Interimspräsident Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl durchgesetzt. In Anlehnung an Papst Benedikt XVI. sagte Schenk, die KU sei „eine hervorragende Stätte“ für die Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen auf hohem akademischem Niveau im Lichte des katholischen Glaubens und die Heranbildung einer geistlichen Elite.

## BKU-Stabwechsel im ZdK



Neue Gesichter im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK): Die bisherigen Vertreter des BKU in der Katholikenvertretung, Dr. Christoph Berndorff und Cornelius G. Fetsch (2.v.re.), haben ihre Mandate in jüngere Hände gegeben. Als neue Vertreter begrüßte ZdK-Präsident Alois Glück (2.v.li.) jetzt BKU-Geschäftsführer Martin Wilde (re.) und den stellvertretenden Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Karl-Sebastian Schulte (li.).



Foto: ZdK

## Festredner Vogel

Jahrestagung der Katholischen Rechtsanwälte



Gut angelaufen ist die Zusammenarbeit zwischen dem BKU und dem BKR, dem Bund Katholischer Rechtsanwälte. Rund zehn Jahre nach dem Partnerschaftsabkommen zwischen beiden Verbänden hat der BKU im Juli offiziell die Geschäftsführung des kleineren Partnerverbandes übernommen. Auf der diesjährigen Jahrestagung des BKR bestätigten sich der Vorsitzende des BKR, Dieter Trimborn von Landenberg (li.), und BKU-Geschäftsführer Peter Unterberg (2.v.re.), dass diese Übergabe reibungslos verlaufen ist. Festredner der Tagung war Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel (re.). Bei ihrer Jahrestagung informierten sich die Mitglieder des BKR über das Thema Zeitmanagement. Die rund 200 Mitglieder verstehen sich als Netzwerk, das sich bei der Vermittlung von Mandaten unterstützt und sich für ethische Standards im Beruf starkmacht. [www.bkr-netzwerk.de](http://www.bkr-netzwerk.de)



# Aus befreundeten Verbänden

## Flachsbarth führt den KDFB



Die kirchenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Maria Flachsbarth (48), ist neue Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB). Sie folgt auf ihre Fraktionskollegin Ingrid Fischbach (CDU), die nach acht Jahren nicht mehr kandidierte. Der KDFB hat bundesweit 220 000 Mitglieder. Der neue KDFB-Bundesvorstand besteht aus Prof. Dr. Hildegard König (v.li.), Birgit Mock, Dr. Elfriede Schießleder, Claudia Nietsch-Ochs (Geistliche Beirätin), Rose Schmidt, Beate Born, Präsidentin Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Daniela Zinkl und Bundesgeschäftsführerin Christiane Fuchs-Pellmann. Foto: KDFB



## Das Netzwerk wächst zusammen

Die Ordo-socialis-Website hat jetzt seit ziemlich genau einem Jahr ihr neues Gesicht und ist seitdem stetig umfangreicher geworden. Neue Autoren und Texte in italienischer, spanischer und portugiesischer Sprache sind hinzugekommen und es sollen noch weitere folgen. Für die Kosten dieser Übersetzungen bitten wir Sie um Ihre Mithilfe und Spenden auf das Konto 13851018, BLZ 37060193, Pax-Bank Köln.

Auch der Ausbau unseres Wissenschaftlichen Beirates zu einem globalen Netzwerk schreitet voran. Professoren und Doktoren aus Chile, Kenia, Kolumbien, Peru, den Philippinen und Süd-Afrika konnten für die Mitarbeit gewonnen werden. Eine Auflistung aller Namen finden Sie auf unserer Website. Besuchen Sie uns unter [www.ordosocialis.de](http://www.ordosocialis.de)!

Anzeige

## MIKROFINANZFONDS



Foto: fotolia.com

## RENDITE MIT GUTEM GEWISSEN

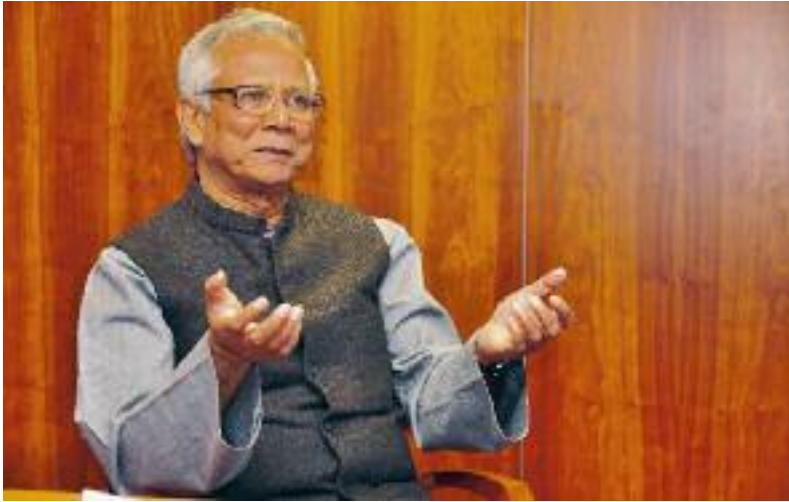
Mit Ihrer Anlage in den ersten Mikrofinanzfonds nach deutschem Recht ermöglichen Sie die Vergabe von Mikrokrediten an wirtschaftlich aktive Menschen in Entwicklungsländern, die sich hiermit eine wirtschaftliche Selbstständigkeit erarbeiten. Sie erhalten damit eine doppelte Rendite, da Sie – neben den sozialen Zwecken – auch an der Wertentwicklung des Fonds teilnehmen. Mit dieser Anlage ermöglichen auch Sie Hilfe zur Selbsthilfe. Wir beraten Sie gerne.

Pax-Bank Köln · Von-Werth-Straße 25-27 · 50670 Köln  
Tel. 0221/1 60 15-0 · E-Mail [koeln@pax-bank.de](mailto:koeln@pax-bank.de)



# „Das Finanzsystem ist falsch“

Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus war zu Gast in Frankfurt



Friedensnobelpreisträger Professor Muhammad Yunus sprach in Frankfurt über die Mikrofinanzbranche.

Foto: Opportunity International Deutschland – Jan Binder

**Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus sprach in Frankfurt über den Mikrofinanzsektor und die Wirtschaftskrise. Eingeladen hatte ihn die „Mikrofinanzplattform Deutschland“, zu der auch BKU und Afos-Stiftung gehören.**

Eigentlich wollte Muhammad Yunus in Frankfurt nur über jene Idee sprechen, für die er 2006 den Friedensnobelpreis bekommen hatte: Menschen Geld zu leihen, denen keine normale Bank etwas leihen würde. „Mikrofinanz – eine geniale Vision im Stresstest“, lautete der Titel seines Vortrages.

**Verglichen mit dem großen Stresstest**, den das Weltfinanzsystem gerade durchläuft, wirken die Probleme und die Kritik jedoch klein, denen sich die von Yunus gegründete Grameen-Bank und andere Mikrokreditinstitute gegenübersehen. Der Ökonom aus Bangladesch kann also nicht umhin, sich auch zur Finanzkrise zu äußern. „Die Finanzkrise ist ein Weckruf“, mahnt Yunus. „Das Finanzsystem ist falsch, denn es ist zugeschnitten auf die Reichen. Es muss ein inklusives System werden.“

In die Bankenmetropole eingeladen hatten Yunus die Mitglieder der „Mikrofinanzplattform Deutschland“. Dem Netzwerk gehören Institutionen an, die im Bereich der Mikrofinanz in Entwicklungs- und Schwellenländern arbeiten. Mitglied der Plattform sind auch der Bund Katholischer Unternehmer und die BKU-nahe Afos-Stiftung. Gut 350 Gäste waren am 24. Oktober 2011 in die „Frankfurt School of Finance and Management“ gekommen, um Yunus live zu erleben. Das Audimax der Hochschule war bis auf den letzten Platz besetzt. „Als wir verstanden hatten, wie normale Banken arbeiten, haben wir es genau umgekehrt gemacht“, erinnert sich Yunus an die Gründung der Grameen-Bank im Jahr 1983. „Wir sind die einzige Bank der Welt, die den Kreditnehmern gehört, und die einzige Bank der Welt, die Frauen gehört – armen Frauen.“ Heute hat die Bank laut Yunus 8,3 Millionen Kunden, 97 Prozent sind weiblich. Die Bank verlangt keine klassischen Sicherheiten bei der Vergabe von Krediten. „Unsere Bank basiert auf Vertrauen“, sagt Yunus. Auch wenn der Wirtschaftsprofessor nicht explizit über die Fi-

nanzkrise spricht, wird zwischen den Zeilen Kritik am Menschenbild des kriselnden westlichen Wirtschaftssystems deutlich. Yunus ist überzeugt, dass alle Menschen von Natur aus Unternehmer sind. Gesellschaftliche Veränderungen hätten dazu geführt, dass die meisten Menschen für andere arbeiten, statt selbst Arbeit zu schaffen. „Jeder Mensch sollte aber die Wahl haben, ob er ein Arbeitssuchender oder ein Arbeitgeber ist.“ Menschen seien mehrdimensionale Wesen. „Sie wollen Geld verdienen und Dinge tun, die Auswirkungen auf die Welt haben.“ Das gegenwärtige Wirtschaftssystem gehe „von der Annahme aus, dass Menschen Roboter sind, denen es nur ums Geldverdienen geht. Menschen haben aber auch Freude daran, andere Menschen glücklich zu machen“, betont der Nobelpreisträger.

**Angesprochen auf die Kritik**, im Mikrofinanzsektor würden Entwicklungspotenziale vergeudet, da sich dieser ganz auf die Ärmsten der Armen konzentriere, entgegnet Yunus: „Wir hindern andere nicht daran, irgendetwas zu tun! Wir arbeiten gegen niemanden!“ Dass es insbesondere im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh Probleme gebe, unter anderem durch Kommerzialisierung und übersteigerte Gewinnerorientierung von Mikrofinanzunternehmen, räumt Yunus allerdings ein und mahnt: „Blindes Profitstreben darf den Kern der Mikrofinanzbewegung nicht absurdum führen. Die Mikrofinanz muss ihren sozialen Fokus behalten.“

Das Soziale im Blick zu haben, ist Yunus' Mission. Für diese Idee kämpft er nicht nur bei Anbietern von Kleinkrediten, sondern auch bei Global Playern. Er erzählt gerne von einem Gespräch mit →

Fortsetzung auf Seite 17

# „Kommerzialisierung ist erwünscht“

Investment-Managerin Schröder über Deutschlands ersten Mikrofinanzfonds

Seit Juli 2011 sind Mikrofinanzfonds auch hierzulande zum öffentlichen Vertrieb zugelassen. Möglich wurde dies durch eine Änderung des Investmentgesetzes auf Initiative des BKU. Edda Schröder, Geschäftsführerin von „Invest in Visions“, hat den ersten deutschen Mikrofinanzfonds auf den Weg gebracht.

**BKU:** Sie haben den ersten Mikrofinanzfonds mit Sitz in Deutschland aufgelegt. Welche Zielgruppe haben Sie als Investoren im Blick?

**Edda Schröder:** Unser Fonds ist seit Kurzem zum öffentlichen Vertrieb zugelassen. Deshalb haben wir auch Privatpersonen im Blick, die den Fonds über Banken oder Vermögensberater erwerben können. Zu unserer Zielgruppe gehören aber auch institutionelle Kunden wie Stiftungen, Vermögensverwaltungen, Family Offices oder Banken.

**BKU:** Was spricht für Mikrofinanzfonds als Anlageform?

**Edda Schröder:** Da ist zunächst das soziale Engagement: Menschen in Entwicklungsländern erhalten Zugang zu Geld für unternehmerisches Handeln. Hinzu kommt das geringe Risiko von Mikrofinanzfonds: Bei uns geht es um laufende, meist kurzfristige Kredite, die nicht börsentäglich gehandelt werden. Wir streuen sehr stark über unterschiedliche Regionen, Länder und Mikrofinanzinstitute. Verstärkt wird die Streuung noch dadurch, dass die einzelnen Kreditbeträge sehr niedrig sind. Wenn von diesen kleinen Einheiten einige ausfallen, merken wir das nicht. Durch die geringe Korrelation zu anderen Anlageklassen wie Aktien- und Rentenmärkten schwankt der Mikrofinanzmarkt nicht in dem Maße wie andere Märkte.

**BKU:** Muhammad Yunus wird nicht müde zu betonen, dass Mi-



Edda Schröder spricht im Juli 2011 in Kirgistan mit Kundinnen eines Mikrofinanzinstituts.

Foto: privat

krofinanzinstitute wie die von ihm gegründete Grameen-Bank nach gänzlich anderen Regeln funktionieren als normale Banken. Sie legen einen Fonds auf, der auch gewinnorientiert ist. Wie geht beides zusammen?

**Edda Schröder:** Klar gibt es Unterschiede zwischen beiden Welten. Normale Banken haben wohlhabende Menschen als Zielgruppe, Mikrofinanzinstitute die

armen. Banken ziehen sich in die Zentren zurück, Mikrofinanzinstitute gehen aufs Land. Aber auch Institute wie die Grameen-Bank müssen Gewinne erzielen, um sie wieder reinvestieren zu können. Auch wir als Fonds müssen Gewinne erwirtschaften, um als Anlageinstrument interessant zu bleiben. Der große Unterschied ist: Im Mikrofinanzsektor geht es nicht um Gewinnmaximierung. →

## Neuer gesetzlicher Rahmen

Durch eine Änderung des Investmentgesetzes im Juli 2011 haben sich die Rahmenbedingungen für Mikrofinanzfonds in Deutschland verbessert. Bislang durften Kapitalanlagegesellschaften nur in Mikrofinanzinstitute investieren, an denen eine Entwicklungsbank wie die deutsche KfW beteiligt ist. Dieser restriktive Rahmen führte dazu, dass in Deutschland keine Mikrofinanzfonds aufgelegt wurden. Wer an dieser Anlageform interessiert war, musste ins Ausland ausweichen. Durch die Gesetzes-

änderung ist es nun möglich, dass inländische Fonds bis zu 95 Prozent ihres Vermögens in unverbrieft Darlehensforderungen von regulierten Mikrofinanz-Instituten investieren. Regulierte Mikrofinanz-Institute sind Unternehmen, die in ihrem Sitzstaat als Kreditinstitut zugelassen sind und nach international anerkannten Grundsätzen beaufsichtigt werden und deren Haupttätigkeit die Vergabe von Gelddarlehen an Kleinunternehmer für unternehmerische Zwecke darstellt.

→ **BKU:** Sehen Sie die Gefahr, dass der Sektor einer zunehmenden Kommerzialisierung unterworfen wird, wenn er weiterhin wächst?

**Edda Schröder:** Ja, und das ist auch gewollt!

**BKU:** Überraschende Antwort. Das müssen Sie erklären.

**Edda Schröder:** Mikrofinanz ist eine erste Stufe, um Finanzdienstleistungssysteme in Entwicklungsländern zu schaffen. Wenn sich der Standard in diesen Ländern unserem angenähert hat, wird Mikrofinanz irgendwann überflüssig. Dann wird es normal sein, dass man dort so etwas wie Genossenschaftsbanken oder Sparkassen hat, die die Menschen vor Ort mit Finanzdienstleistungen versorgen.

**BKU:** Ist mit der Kommerzialisierung auch das Risiko verbunden, dass nicht mehr das Soziale im Vordergrund steht, sondern eben doch Gewinnmaximierung?

**Edda Schröder:** Das kann so sein. Zu schauen, wer sich an die Standards hält, ist unsere Aufgabe als Fonds.

**BKU:** Können Sie das von Frankfurt aus überblicken?

**Edda Schröder:** Nein, und deshalb gehen wir mit einem Investment- und einem Risiko-Manager in das jeweilige Land und sehen uns jedes einzelne Mikrofinanzinstitut an – nicht nur die Zentrale, sondern auch Filialen, und wir sind bei Kundengesprächen dabei. Dadurch erhalten wir ein sehr gutes Bild davon, wie die Institute agieren.

**BKU:** Ist es wirklich sinnvoll, wenn mehr Geld in Mikrokredite fließt? Leidet darunter nicht die

strenge Überwachung der Kreditvergabe?

**Edda Schröder:** Überschuldung war in Bosnien-Herzegowina ein sehr großes Thema. Das lag aber weniger an der Geldmenge, sondern vielmehr an der mangelnden Kontrolle. Dort gab es so etwas wie die deutsche Schufa nicht. Andere Länder sind weiter und haben inzwischen ähnliche Kontrollmechanismen oder bereiten sie vor. Es ist eine normale Lernkurve, dass sich die Geldinstitute in einem Wachstumsmarkt vernetzen, um zu wissen, wer wo welche Kredite bekommt.

**BKU:** Im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh ist eine regelrechte Mikrofinanzindustrie entstanden. Folge war unter anderem, dass viele Haushalte in die Überschuldung schlitterten, weil sie gleich mehrere Kredite bedienen mussten. Was tun, um solche negativen Auswüchse zu verhindern?

**Edda Schröder:** Das Problem in Indien war ein Stück weit hausgemacht. Banken sind dort verpflichtet, einen Teil ihrer Kredite an arme Menschen zu vergeben. Die Banken haben sich auf diesen Markt gestürzt, weil sie gesehen haben, dass es ein profitables Massengeschäft ist. Die Regierung in Indien hat jetzt als Gegenmaßnahme eine Zinsobergrenze eingeführt. Dadurch ist dieser Markt für die Banken nicht mehr so attraktiv.

**BKU:** Welche Auswirkungen hat der wachsende Mikrofinanzsektor auf das Geschäft klassischer Banken?

**Edda Schröder:** Banken wollten in diesen Markt, weil es at-

traktiv für sie aussah. Aber sie haben sich Mikrofinanz einfacher vorgestellt, als es ist. Viele haben sich wieder zurückgezogen, zum Beispiel die Barclays Bank in Teilen von Afrika. Es gibt nicht mehr „den“ Mikrofinanzmarkt. Dieser Sektor ist inzwischen hochkomplex und sehr ausdifferenziert zwischen den unterschiedlichen Regionen auf der Welt. Mikrofinanz in Asien befindet sich in einem ganz anderem Status als Mikrofinanz in Lateinamerika. Wir werden zum Beispiel nicht mehr in Osteuropa investieren.

**BKU:** Weshalb?

**Edda Schröder:** Weil in diese Region sehr viel Geld fließt und es dort meiner Ansicht nach schon sehr kommerziell ist.

Das Gespräch führte Markus Fels.



Edda Schröder ist Geschäftsführerin der INVEST IN VISIONS GmbH. Die Gesellschaft für den Vertrieb von Investmentfonds hat den ersten Mikrofinanzfonds in Deutschland initiiert. Ehrenamtlich wirkt Schröder im Vorstand der AFOS-Stiftung mit.

Yunus in Frankfurt – Fortsetzung von Seite 15

→ Herbert Hainer, dem Chef des Sportartikelherstellers Adidas. Yunus wollte ihn für seine Überzeugung gewinnen, dass niemand auf der Welt barfuß unterwegs sein sollte, und trug sein Ziel, für jedermann bezahlbare Schuhe zu produzieren, Herbert Hainer vor. Der Bayer reagierte skeptisch: „Das ist eine große Vision, Herr Yunus.“ – „Adidas ist ein großes

Unternehmen“, konterte der Friedensnobelpreisträger. „Was sollen die Schuhe kosten?“, fragte Hainer. – „Unter einem Euro.“ Hainers Antwort: „Sie sind ein sehr schwieriger Mann.“

Yunus ist sichtlich amüsiert, als er seinen Dialog mit dem deutschen DAX-Vorstand wiedergibt. Grund zur Freude hat er: Im Nachhaltigkeitsbericht des zum Adidas-Kon-

zern gehörenden Sportartikelherstellers Reebok war 2010 zu lesen: „In den Schwellenländern werden wir ein sehr grundlegendes Bedürfnis befriedigen: Etwa 300 Millionen Menschen haben keine Schuhe, was sowohl ein wesentliches Hindernis für mehr Fitness als auch eine Gesundheitsbeeinträchtigung darstellt. Wir untersuchen mögliche Lösungswege.“ M. Fels

# Mikrofinanz? Ja, bitte!

Auch in diesem Sektor geht der Trend zur Professionalisierung

**Ist Mikrofinanz die heile neue Welt? Eine Welt ohne globale Finanzrisiken, mit ökonomischer wie sozialer Rendite frei Haus? So einfach liegen die Dinge sicher nicht. Wer Mikrofinanzinvestments hat, erfreut sich in der Regel attraktiver Renditen, vernimmt aber auch aufmerksam Nachrichten zu regional oder im Einzelfall bedenklichen Entwicklungen.**

Mikrofinanzkredite finanzieren Einkommen schaffende Investitionen. Daraus wird der Kredit zurückgezahlt und dem Betreffenden ein unternehmerischer Weg zur wirtschaftlichen Teilhabe eröffnet. Das Einkommen ermöglicht im zweiten Schritt Bildung für die Kinder und Vorsorge für Krankheit und Alter. Das ist ein hervorragender Weg aus der Armutsfalle. Und bringt für den Investor höhere Zinsen als klassische Bankanlagen.

**Wo es mehr Rendite** gibt, da liegen naturgemäß auch Risiken. Geschäftsideen bringen mal mehr, mal weniger Erfolg – das gilt auch in Entwicklungsländern. Als spezifisches Risiko tritt hinzu, wenn Mikrokredite, und sei es aus der Not heraus, nicht investiv verwendet werden. Und wie der Name Mikrokredit schon sagt, sind die Geschäftsideen weniger kapitalintensiv als vielmehr arbeitsintensiv. Eine ernste Erkrankung des Kreditnehmers stellt schnell die positive Entwicklung infrage. Das alles ist bekannt und kann über bewährte Verfahren wie Group-Lending-Programme oder Village Banking zumeist gut abgedeckt werden. Die schnelle Expansion des Mikrofinanzsektors hat für manches Institut vor Ort mit sich gebracht, dass das Management hinter den gewachsenen Anforderungen kaum hinterherkommt. Der schnelle Vertrieb bestimmt da das Geschehen.



Wie groß das Interesse am Thema Mikrofinanz mittlerweile ist, zeigte der volle Saal beim jüngsten Auftritt von Prof. Muhammad Yunus in Frankfurt.

Foto: Markus Fels

Kredite an Einzelpersonen gehen da leichter. In manchen Regionen stehen Kreditnehmer nicht selten schon bei vielen Instituten in der Kreide, und sei es, um zunächst den Zahlungsverpflichtungen des ersten Kredits entsprechen zu können. Die Folge ist dann oft Überschuldung. Risikoprävention und -management bedürfen auch im Interesse der Kunden mancherorts noch der Verbesserung bei einzelnen Instituten und bei Schutzmechanismen wie der „Schufa“.

**Aus Sicht von Mikrofinanzanlagen** ist angesichts der unvermeidlichen Umwälzungen in dem sich weiter entwickelnden Sektor mehr denn je der professionelle Investmentmanager gefragt. Wer dabei sein will, ob aus ökonomischen oder sozialen Motiven, muss sich nicht nur eingehend mit den Zahlen und Perspektiven der Ziel-Mikrofinanzinstitute beschäftigen. Eine einfache Hochrechnung reicht da nicht, schon weil Risikokennziffern durch Wachstum verwässert werden.

Der Investmentmanager muss sich das Kreditgeschäft sowie die Liquiditäts- und Refinanzierungspolitik des jeweiligen Mikrofinanzinstitutes genau anschauen. Die Organisation muss sorgfältig unter die Lupe genommen werden. Eine Rating-Note allein sagt – nicht nur bei Mikrofinanz – eben doch nicht alles.

**Spezialisierte** Mikrofinanzfonds verfügen nicht nur am Schreibtisch, sondern auch vor Ort über Profis mit exzellenter Orts- und Marktkenntnis. Sie ermöglichen eine gute Risikostreuung über verschiedene Regionen und viele Mikrofinanzinstitute hinweg. Geschäftschancen verstehen sie in zweierlei Hinsicht: für den Investor hier und für die wirtschaftliche Entwicklung der Armen dort. Das ist doppelte Rendite aus unternehmerischem Handeln. Mikrofinanz? Ja, bitte!

Winfried Hinzen war von 2002-2011 Schatzmeister des BKU; er ist unter anderem Vorstandsmitglied von MicroVentures, Luxemburg.

# Unsere „Hausaufgaben“

Prof. Roos zu den Auswirkungen des Papstbesuches

**Die verschiedensten Reden des Heiligen Vaters bei dessen Deutschlandbesuch vom 22. bis 25. September haben zahlreiche Debatten ausgelöst. Der Geistliche Berater des BKU, Prof. Dr. Lothar Roos, hat seine Sicht der Dinge dargestellt.**

In seiner Glosse „Papstzeit“ stellte FAZ-Redakteur Christian Geyer fest: „Wenn ein Katholik sagt: Ich bin ein gläubiger Mensch. Dann meint man zu verstehen: Das ist ein Mensch, der sich für Kirchenpolitik interessiert“, also „für die Rolle der Frau in der apostolischen Sukzession. Für Toleranz mit Andersgläubigen. Für praktizierte Homosexualität. Für die Häresie der Formlosigkeit (abmontierte Kommunionbänke und anderes). Für die Fraktionsbildung im deutschen Bischofskollegium. (...) für das Zölibat. Für die Piusbrüder.“

Zu alledem müsse sich dieser Katholik „differenzierte Meinungen bilden“ und diese dann „als Botschafter des Glaubens öffentlich vorführen“. Zu all diesen Fragen hat aber der Papst, wie der Autor weise voraussah, bei seinem Deutschlandbesuch zumindest direkt keine Aussagen gemacht. Katholiken dagegen, so Geyer, „die ihren Glauben nicht in Kirchenpolitik setzen, aber von der Frage berührt sind, ob Gott existiert (...). Sie erwarten etwas vom Deutschlandbesuch des Papstes“ („Papstzeit“, in: F.A.Z. 19.09.2011, S. 25). Dem kann man uneingeschränkt zustimmen und hinzufügen: Sie sind nicht enttäuscht worden.

**Herausragend** waren die Rede des Papstes vor dem Deutschen Bundestag, seine Ausführungen im Gespräch mit der EKD-Führung in Erfurt und die Ansprache im Freiburger Konzerthaus. „In deutscher Klarheit“, so überschreibt der römische Korrespon-



Einzug des Heiligen Vaters zur Messe in Freiburg.

Foto: Unterberg

dent der FAZ, Jörg Bremer, seine abschließende Bewertung (27.09.2011, S.10), habe der deutsche Papst „seinen Landsleuten jedweder Konfession erklärt, wie sich der Katholizismus aus seiner Sicht wandeln müsse, um die Kirche in einer Welt zu bewahren, in der Gott zunehmend als Gegner angesehen wird.“

**Im Bundestag** erklärte er, dass der Staat dem Auftrag des Grundgesetzes, „die Würde des Menschen (...) zu achten und zu schützen“, nur dann gerecht werden könne, wenn er sich nicht gemäß der reinen Staatslehre von Hans Kelsen auf ein positivistisch verstandenes Mehrheitsprinzip beruft, sondern auf die in der Präambel des Grundgesetzes ausdrücklich genannte „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Die heutige Umweltsorge aufgreifend, machte er nicht zuletzt die „Grünen“ darauf aufmerksam, dass es nicht nur eine natürliche Umwelt gibt, sondern auch eine „Natur des Menschen“, die ihm von Gott geschenkt wurde und der er sich auch im politischen Handeln verpflichtet wissen müsse. Sein Vorgänger Johannes Paul II. sprach

ganz in diesem Sinn in der Enzyklika „Centesimus annus“ von „Humanökologie“.

Beim Gespräch mit der EKD-Spitze griff Benedikt XVI. die Grundfrage Martin Luthers auf, wie man einen „gnädigen Gott“ finden könne, und antwortete mit diesem: Entscheidend sei dabei, „was Christum treibet“. Insofern komme alles darauf an, dass „Christus die Mitte unserer Spiritualität bestimmt, die Liebe zu ihm, das →

## Zitat

„Im Klartext: Der Papst spricht nicht von der Abschaffung des Kirchensteuersystems. Es handelt sich dabei auch nicht – wie fälschlicherweise behauptet wird – um Privilegien der Kirche, sondern um die institutionelle Ausgestaltung der Religionsfreiheit. (...) In der Rede des Heiligen Vaters erkennen wir keine dezidierte Aufforderung zur Ablösung der Staatsleistungen. Wir verstellen uns der Debatte aber nicht.“

Erzbischof Robert Zollitzsch als Vorsitzender der DBK über die „Konzerthausrede“ des Papstes.

# Alle Werke des „Professors Papst“

Die BKU-Wallfahrer im Herder-Verlag

**Mit einem Besuch des Herder-Verlages begann die BKU-Wallfahrt zum Papstbesuch.**

Verleger und BKU-Mitglied Manuel Herder persönlich führte die Gruppe durch das Traditionsunternehmen, das bereits seit dem Jahre 1808 in Freiburg ansässig ist. Besonders stolz ist der Verleger darauf, dass die Schriften von Papst Benedikt XVI. schon seit Jahrzehnten in seinem Hause publiziert werden. Für Manuel Herder ist der „Professor Papst“ der letzte lebende Intellektuelle, der die komplette Geistesgeschichte des Abendlandes präsent hat und sich in seinen Schriften und Vorträgen auf diese stützt. Das publizistische Werk Joseph Ratzingers hat der Verlag in einer



Verleger Manuel Herder (2. v.li.) begrüßte die BKU-Wallfahrer im Stammsitz des Herder-Verlages in Freiburg. Foto Peter Unterberg

einmaligen Ausstellung eindrucksvoll dokumentiert: Sämtliche Schriften aus dessen Feder wurden – samt Übersetzungen – zusammengetragen. Benedikt

selbst hat diese Bücherschau im Vatikan bewundert, bevor die BKU-Gruppe im Verlagshaus darin stöbern durfte.

Unt

„Hausaufgaben“-Fortsetzung von Seite 19

→ Mitleben mit ihm“. Der Papst wandte sich gegen einen „selbstgemachten Glauben“ und eine mehr oder weniger opportunistische Ökumene und trat für die „Ernsthaftigkeit des Glaubens“ ein. „Unbemerkt“ sei dabei geblieben, so Bremer, „dass der Papst in Erfurt auch mit seiner deutschen Kirche ins Gericht ging. Er verbat sich Kritik am Zölibat: ‚Die Ernsthaftigkeit des Glaubens zeigt sich vor allem dadurch, dass er Menschen inspiriert, sich ganz für Gott und von Gott her für die anderen zur Verfügung zu stellen‘.“

**Nicht mehr zu überhören** war diese Tendenz in seinem Freiburger Vortrag. Dabei prägte Benedikt XVI. einen neuen Begriff, den der „Entweltlichung“, und sagte: „Um ihre Sendung zu verwirklichen, wird sie (die Kirche) immer wieder auf Distanz zu ihrer Umgebung gehen, sie hat sich gewissermaßen zu entweltlichen.“ Denn eine „von ihrer materiellen und politischen Last befreite Kirche kann sich besser und auf wahrhaftig christliche Weise der

ganzen Welt zuwenden, wirklich weltoffen sein“.

Im Blick auf die seitdem über die Freiburger Rede erfolgte innerkirchliche Diskussion schrieb Karl Kardinal Lehmann (F.A.Z. vom 4.10.2011, S. 7.): „Man kann angesichts mancher Einwände gegen die Rede nur staunen, wie fremd und unbekannt“ jenes „Verständnis der Kirche offenbar vielen geworden ist“, das der Papst hier als Maßstab anlegte, indem er sagte: „Die eigentliche Krise der Kirche in der westlichen Welt ist eine Krise des Glaubens. Wenn wir nicht zu einer wirklichen Erneuerung des Glaubens finden, wird alle strukturelle Reform wirkungslos bleiben.“ Die „zunächst verborgene Wahrheit dieser Aussagen“, so Lehmann, könnten wir „leicht erkennen, wenn wir etwas offener und redlicher die Schwächen unserer Situation betrachten: der radikale Rückgang des Gottesdienstbesuches, die schwindende Zahl geistlicher Berufungen, die Ausdünnung fundamentaler christlicher Lebensformen, etwa in Ehe und Familie“.

**Letzten Endes** läuft dies darauf hinaus, und das ist die Wegweisung des Papstes bei seinem Deutschlandbesuch, dass wir jene Wege der Neuevangelisierung beginnen, die schon Paul VI. (Evangelii nuntiandi, 1975), insbesondere aber Johannes Paul II. und Benedikt XVI. zum wichtigsten Ziel erklärt haben. Vor allem darüber und nicht über die sattsam bekannten kirchenpolitischen Reizthemen sollte man bei der Fortführung des am 8./9. Juli 2011 in Mannheim begonnenen Gesprächsprozesses miteinander reden. Dabei sollte man auch ernsthaft darüber nachdenken, in welchen Bereichen des kirchlichen Denkens und Handelns es angebracht wäre, sich der vom Papst angesprochenen „Entweltlichung“ ernsthaft zu stellen. Insofern hält Karl Lehmann gegen alle beschwichtigenden Interpretationen der Freiburger Rede des Papstes zu Recht fest: „So rasch bekommen wir die aufrüttelnden Worte des Papstes nicht los.“

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Roos

# Gottesdienstbesucher, Pilger, Helfer

Bei allen Stationen des Papstbesuches war der BKU gut vertreten



Der Vorsitzende der Hauptstadt-Diözesangruppe, Mario Ahlberg (li.), eröffnete den Empfang nach der Papstmesse in Berlin. BKU-Mitglied Ralf Schwenken (mi.) grüßt auf der Homepage des Bistums Erfurt. Intensive Stadionatmosphäre gab es bei der Papstmesse in Berlin (re.).



## Bei vielen Stationen des Papstbesuches war der BKU gut vertreten.

Allein für die Papstmesse im Berliner Olympiastadion hatte die BKU-Geschäftsstelle rund 270 Eintrittskarten an Mitglieder und Freunde des BKU verschickt. In der faszinierenden Stadionatmosphäre unter einem eindrucksvollen Himmel erlebten sie zunächst per Videoübertragung die Rede des Heiligen Vaters vor dem Deutschen Bundestag. Zur Einführung hatte Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert darauf hingewiesen, dass noch nie zuvor ein Papst vor einem gewählten deutschen Parlament gesprochen hatte. Benedikt hielt sich in der Rede bewusst von der Tagespolitik fern und skizzierte in wenigen Strichen die Grundlagen seines Staatsverständnisses. Die Rede des Papstes im Parlament ist in den Grünen Seiten dieses BKU-Journals dokumentiert.

**Als später das Papamobil** in die Arena rollte, breitete sich unter den mehr als 61 000 Menschen in der ausverkauften Sportstätte eine

mitreißende Stadionatmosphäre aus. Auch in der Predigt während der Messe vermied es der Papst, sich in Details zu verlieren. Er griff stattdessen das Evangelium vom Weinstock und den Reben auf und beschwor die Einheit der Kirche untereinander und mit Jesus Christus.

**Ein großer Teil der BKU-Teilnehmer** traf sich nach der Papstmesse zu einem Empfang im Internationalen Club Berlin, zu dem die Hauptstadt-Diözesangruppe und der Bundes-BKU gemeinsam eingeladen hatten. „Da so viele auswärtige BKU-Freunde nach Berlin gekommen sind, wie in den Gemeinden nach der sonntäglichen Messe noch zusammenzukommen, haben wir dieses Treffen angeboten“, sagte der Vorsitzende der DG Berlin, Mario Ahlberg. „Und wir sind begeistert, dass so viele, auch so viele Freunde unserer BKU-Mitglieder, wir sind wohl fast 150, unser Angebot angenommen haben. Allen ein herzliches Willkommen!“

**Nächste Station** des Papstes war Erfurt, wo das viel beachtete

Treffen mit den Vertretern der evangelischen Kirchen stattfand. Der geplante Empfang der DG Erfurt scheiterte daran, dass die wenigen infrage kommenden Räumlichkeiten der Stadt schon langfristig ausgebucht waren. Dafür waren viele der örtlichen BKU-Mitglieder in die unmittelbare Vorbereitung und Durchführung des Papstbesuches eingebunden. Die letzte Station von Benedikts Deutschlandreise war Freiburg. Durch Zufall (oder Fügung?) fand am gleichen Wochenende und am gleichen Ort die ohnehin geplante jährliche BKU-Fußwallfahrt statt, die auf diese Weise einen krönenden Abschluss bekam (S. 22). Nach einer kurzen Nacht starteten die Wallfahrer im Morgengrauen im Bus nach Freiburg, um an der Papstmesse auf dem Alten Flughafen teilzunehmen. Unter den rund 100 000 Teilnehmern dieser Messe waren auch wieder rund 200 aus dem BKU dabei. Unterberg

## Die Papst-Texte zum Nachlesen und -hören

Alle Papst-Ansprachen in Deutschland gibt es als Buch beim Benno Verlag („In Gott ist unsere Zukunft“), als CD beim Domradio ([www.domradio.de/bestellungen/](http://www.domradio.de/bestellungen/)) oder unter [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

# Der Barock-Himmel auf Erden

BKU-Mitglied Storm-Sammeck war bei Wallfahrt und Papstmesse dabei



Im sonnigen Schwarzwald: die Teilnehmer der BKU-Wallfahrt in Maria-Lindenberg.

**Die BKU-Wallfahrt vom 23. bis 25. September führte bei herrlichem Sonnenschein ins Kloster St. Peter im Schwarzwald, zur Wallfahrtskirche Maria Lindenberg und fand ihren Höhepunkt in der Eucharistiefeier in Freiburg mit dem Heiligen Vater.**

Nach dem Besuch des Herder Verlages ging es ins 700 Meter hoch gelegene St. Peter in die prächtige Barockanlage der ehemaligen Benediktinerabtei. In der Abendstimmung machte Dr. Arno Zahlauer, der Leiter des geistlichen Zentrums St. Peter, mit uns einen ersten Rundgang durch die ehemalige Abtei. Durch den herbstlichen Klostergarten ging es durch den Kreuzgang in das Herzstück des Klosters, die Bibliothek und den prächtigen Fürstensaal.



Vor der Messe (li.): warten auf den Papst. Dem Kreuz folgend (re.): die Wallfahrer auf den Höhen des Schwarzwaldes.

Beim geselligen Zusammensein im „Peterstüble“ komplettierte Pater Johannes Zabel OP unsere geistliche Begleitung bestehend aus Pater Dr. Clemens Pilar Cop mit Schwester Margret Sallinger, Diakon Dr. Klaus Molzberger und natürlich Professor Dr. Lothar Roos. Dieser eröffnete den Samstag mit der Feier der Heiligen Messe in der reich verzierten Klosterkirche, die im barocken Verständnis wahrhaft der Himmel auf Erden war.

Dem Herrn am Kreuze folgend, geistlich geführt, singend und betend erreichten wir bergauf und bergab pilgernd Maria Lindenberg, die nahe Wallfahrtskapelle. Von dort hatten wir einen überwältigenden Panoramablick über die Höhen des Schwarzwaldes. Zum Ausklang stellte Pater Clemens seinen Lebensweg vor.



**Im Dunkel der Morgenstunden** brachten uns zwei Busse hinunter nach Freiburg in die Nähe des Flugfeldes. Während die Sonne über dem Schwarzwald aufging und uns den Rücken wärmte, füllte sich das Feld mit 100 000 Gläubigen. Andächtige Stille, Gesang und Gebet waren mit Erwartung erfüllt. Das Hochamt, welches wir von unseren bevorzugten Plätzen erleben durften, war ein Anhalten in Zeit und Raum.

In der Predigt berührte mich: „Christliche Existenz ist Pro-Existenz: Dasein für den anderen, demütiger Einsatz für den Nächsten und für das Gemeinwohl. Die Jünger wissen, dass diese Tugend gleichsam das Öl ist, das Einheit herzlich macht ...“

Meine Erfahrung dieser wunderbaren Tage: die Wallfahrtsleitung des BKU – Michael Bommers, Peter Unterberg und Tanja Denneborg – waren für uns da, ständig im Einsatz, bemüht, diese Begegnung unter Christen zu einer herzlichen Erfahrung zu machen, was ihnen perfekt und stimmig gelungen ist. Im Strom der 100 000 Menschen blickte man in die freudigen Gesichter der vielen Jugendlichen und Gläubigen und wurde Zukunft gewahr, weil Gott da ist.

Susanne Storm-Sammeck

# Fachfrauen gegen Fachkräftemangel

BKU und Wirtschaftsförderung Stuttgart luden zum Unternehmerdialog

**Führungsstarke Frauen aus der Wirtschaft standen im Mittelpunkt des Stuttgarter Unternehmerdialogs 2011 am 11. November. Auf Einladung der BKU-Diözesangruppe Rotenburg-Stuttgart und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart diskutierten sie über den drohenden Fachkräftemangel. Es moderierte Carla Sappok vom Radiosender SWR1.**

Martina Lehmann von der Stuttgarter Bundesagentur für Arbeit brachte es auf den Punkt: Derzeit gebe es lediglich einen punktuellen Mangel an Fachkräften. „Jetzt müssen wir daran arbeiten, dass er nicht flächendeckend wird“, sagte die Geschäftsführerin für die Arbeitslosenversicherung. Ein möglicher Beitrag dazu wäre es, Mütter in der Erziehungszeit dabei zu unterstützen, dass sie den Anschluss an den Beruf nicht verlieren. Das gelte insbesondere für Bereiche, in denen der technische Fortschritt zu schnellen Veränderungen am Arbeitsplatz führe.

**Weitere mögliche** Gegenmaßnahmen beschrieb die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, Prof. Dr. Renate Köcher. Deutschland könne sich keine verfestigte Unterschicht leisten, die aus dem Arbeitsmarkt herausfalle, sagte sie. Die gezielte Förderung benachteiligter Menschen müsse daher verstärkt werden. Qualifizierte Zuwanderung, die Erhöhung des Rentenalters und eine höhere Erwerbsquote der Frauen seien weitere Punkte. Ein klares Nein setzte Köcher allen „planwirtschaftlichen“ Forderungen nach Frauenquoten entgegen: „Die Personalauswahl ist ein eminent wichtiges Instrument, das Unternehmen sich nicht vom Staat vorschreiben lassen wollen!“



Erfahrungsaustausch: Reinald Wolff (v.li.) Carla Sappok, Daniela Lindner und Monika Röther.



Martina Lehmann (v.li.), Renate Pilz und Prof. Dr. Renate Köcher.

**Ein besonderes Problem** des Standortes Stuttgart erlebt BKU-Mitglied Monika Röther als Geschäftsführerin der Vinzenz von Paul Kliniken. Oft merken ihre neuen Mitarbeiter erst nach einiger Zeit, wie teuer das Leben in dieser Stadt ist – und möchten dann über Gehaltserhöhungen verhandeln. In der Klinik arbeiten rund 70 Prozent Frauen, für die zahlreiche Teilzeitmodelle angeboten werden. Darüber hinaus hat sich die Klinikgruppe dem Audit „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung unterzogen, wobei Röther aber Wert auf die Reihenfolge legt: erst Beruf und dann Familie. Dennoch erlebt sie selbst bei Kandidaten für Führungspositionen einen Wertewandel: Die Karriere ist nicht mehr alles im Leben vieler Bewerber, die schon im Vorstellungsgespräch Freiräume für die Familie einfordern.

**Als gestandene Unternehmerin** weiß Renate Pilz, dass es für Unternehmen immer schon schwierig war, gute Mitarbeiter zu finden. Nicht nur deshalb ist sie stolz darauf, dass die Pilz GmbH Co. KG alle Mitarbeiter durch die

Finanzkrise tragen konnte. Zur Firmenkultur gehöre es, dass die Mitarbeiter offen alle wichtigen Quartalszahlen zur wirtschaftlichen Lage am schwarzen Brett einsehen können. In der Finanzkrise wurde diese Information in deutlich kürzeren Abständen aktualisiert – um Vertrauen zu schaffen und Ängste abzubauen.

**Als Gastgeber** im Hause der BW-Bank meldete deren Bereichsleiter Unternehmenskunden, Markus Linha, ein Alarmsignal: In Deutschland seien in diesem Jahr 30 000 Lehrstellen unbesetzt geblieben, sagte er. Hinter dieser Zahl stünden noch mehr Lehrstellen, die nur mit Kompromisskandidaten besetzt wurden, glaubt er und befürchtet ein sinkendes Niveau bei den Mitarbeitern. Über einen gelungenen Abend konnte sich am Ende der Vorsitzende der BKU-Diözesangruppe Stuttgart, Reinald Wolff, freuen. Das Raster der Veranstaltung aus einführendem Vortrag, rotierenden Gesprächen in Stuhlkreisen und abschließendem Podium hat sich bewährt, eine Wiederholung ist geplant. Peter Unterberg

# Finanzkrise und kein Ende

Ein aktuelles Thema bestimmte die ersten Ordo-Gespräche in Frankfurt

**Die Turbulenzen der globalen Ökonomie standen im Mittelpunkt der ersten Frankfurter Gespräche Wirtschaft – Medien von BKU und der katholischen Journalistenschule ifp.**

In Kooperation mit dem ifp fanden vom 23. bis 25. Oktober erstmals auch in Frankfurt Ordo-Gespräche statt. Das Veranstaltungsformat richtet sich an angehende und junge Führungskräfte aus Wirtschaft, Kirche und Medien und stand bei seiner Premiere ganz im Zeichen der Aktualität: „Finanzkrise und kein Ende: Welche neue Ordnung brauchen wir?“, war das Thema der Gespräche in der Bankenmetropole am Main. Organisiert wurde das Seminar von Isolde Fugunt, Studienleiterin beim ifp, und BKU-Geschäftsführer Martin Wilde.

**In Hintergrundgesprächen** – unter anderem mit Commerzbank-Vorstand Michael Reuther und



Spiegel-Redakteur Christoph Pauly (links), ifp-Studienleiterin Isolde Fugunt (Mitte) und Renate Daum (rechts) von Gruner & Jahr Wirtschaftsmedien.

Foto: Markus Fels

Bundesbank-Vorstand Dr. Joachim Nagel – erhielten die Teilnehmer Informationen aus erster Hand über die Ursachen und Folgen der Finanz- und Schuldenkrise. Die Wirtschaftskorrespondenten Renate Daum (Gruner & Jahr Wirtschaftsmedien) und Christoph Pauly („Der Spiegel“) berichteten über ihren Redaktions-

alltag und die Herausforderung, komplexe Themen wie das Finanzsystem allgemeinverständlich darzustellen. Integriert in das Programm der Frankfurter Gespräche war auch der Vortrag von Friedensnobelpreisträger Prof. Muhammad Yunus in der Frankfurt School of Finance & Management (Seite 15). Markus Fels

# Sorgen über drohende Inflation

Gemeinsames Forum von BKU, Volksbank und Erhard-Stiftung



Inflation: Schreckgespenst oder Hirngespinnst? Um diese Frage ging es bei einem gemeinsamen Forum von BKU, Ludwig-Erhard-Stiftung und Volksbank Rhein-Sieg am 5. Oktober in Bonn. Für WGZ-Bank-Chefvolkswirt Andreas Möller (v.li.) ist Inflation aktuell kein Thema, da die Geldmenge derzeit unterhalb des Zielwertes der EZB wachse und die Geldumlaufgeschwindigkeit niedrig sei. Prof. Dr. Gerd Habermann von den Familienunternehmern sieht dagegen Inflation langfristig als unvermeidbar an und warnte in Anspielung auf Hayek vor einem „Weg in die Knechtschaft“. Die Landtagsabgeordnete Andrea Verpoorten hält moderate Inflationsraten als einen sanften Weg aus der Überschuldung für denkbar. Dr. Hans Barbier als Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung hält einen solchen Weg für falsch und forderte ein Ende der Verschuldungspolitik. BKU-Geschäftsführer Martin J. Wilde steuerte die teilweise hitzige Diskussion. Fotos: Volksbank Bonn

# „Hoheitliche Konkursverschleppung“

Brok und Starbatty diskutierten beim Kommende-Forum die Schuldenkrise

Den großen Crash verhindern wollen beide – nur wie? Darin waren sich Elmar Brok und Joachim Starbatty uneins. In der Kommende Dortmund diskutierten sie am 17. November über Staatsschulden, Rettungsschirme und die Frage, wer eigentlich für alles haftet.



Kontrovers diskutierten Elmar Brok (v.li.) und Joachim Starbatty in Dortmund Foto: Kommende

Die vermeintlichen Musterschüler knöpft sich Elmar Brok als ersten vor. „Deutschland und Frankreich waren die ersten, die den Stabilitätspakt gebrochen haben“, stellt der Europa-Parlamentarier fest. Kein Staat kann sich aus der Verantwortung stehlen, wenn es um die Entstehung der Finanz- und Schuldenkrise geht. Das ist Broks unmissverständliche Botschaft beim Kommende-Forum in Dortmund, einer Veranstaltungsreihe des Sozialinstituts in Kooperation mit IHK und Handwerkskammer zu Dortmund sowie dem BKU.

Die Finanzkrise hat nach Ansicht Broks einen entscheidenden Mangel in der Weltwirtschaft deutlich gemacht: „Es gibt keinen Ordnungsrahmen der Sozialen Markt-

wirtschaft“, kritisiert der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. „Ein Markt, der nicht geregelt ist, zerstört sich selbst.“

## Der Vorrat an Gemeinsamkeiten

zwischen Brok und Joachim Starbatty ist schnell erschöpft, als der Tübinger Professor ans Rednerpult tritt. Die Welt braucht einen Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft – in diesem Punkt stimmen beide noch überein. Griechenland raus aus dem Euro? – Mit Brok kaum zu machen. Mit Starbatty schon: „Als Mitglied der Eurozone können die Griechen ihre Währung nicht abwerten. Genau das wäre aber

sinnvoll für sie, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.“

Der europäische Rettungsschirm helfe nicht den maroden Staaten, sondern den Banken, die diesen Staaten Geld geliehen haben, kritisiert der Volkswirt. „Griechenland ist seit 2008 bankrott. Was wir bisher gemacht haben, war hoheitliche Konkursverschleppung.“

## Diese Generalabrechnung

ging Elmar Brok zu weit. Er stellte klar, dass nicht die Rettung Griechenlands im Mittelpunkt der deutschen Politik stehe. „Ich will den großen Crash vermeiden, vor dem wir stehen. Wir verteidigen nicht Griechenland, sondern uns selbst.“

Markus Fels

**20.-21. April 2012:  
5. Eichholzer Fachtagung  
zur Entwicklungspolitik**

**Thema:** Zivilgesellschaftliches Engagement für mehr Wirkung in der Entwicklungszusammenarbeit

**Es wirken unter anderem mit:**

- **Dr. Paul Armbruster**, Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband
- **Christian Osterhaus**, Don Bosco Mondo
- **Ulrich Post**, Vorsitzender von VENRO
- **Christoph Waffenschmidt**, World Vision
- **Sibylle Pfeiffer MdB**, Entwicklungspolitische Sprecherin CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Dr. Claudia Warning**, Vorstand des Evangelischen Entwicklungsdienstes
- **Dr. Michael Rabbow**, Manager, Emerging Economies, Boehringer Ingelheim

**24.-26. Mai 2012:  
Eichstätter Gespräche: Kirche,  
Wirtschaft, Wissenschaft**

**Thema:** Ressource Vielfalt

**Es wirken unter anderem mit:**

- **Reinhard Kardinal Marx**, Erzbischof von München und Freising
- **Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann**, Bischof von Speyer
- **Georg Freiherr von Boeselager**, Persönlich haftender Gesellschafter MerckFinck & Co, Privatbankiers
- **Bischof Dr. Josef Clemens**, Sekretär des Päpstlichen Rates für die Laien
- **Anton Börner**, Präsident des Bundesverbandes Groß- und Außenhandel (BGA)
- **Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer**, Vorstandsvorsitzender der Bauer AG/Schrobenhausen

# Wo blieb das Gastgeschenk?

## Die Ökumene nach dem Papstbesuch

**Der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke ist enttäuscht „über negative Schlagworte und Vorwürfe an die katholische Kirche“ durch Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).**

So zog der EKD-Ratsvorsitzende Präses Nikolaus Schneider eine zwiespältige Bilanz des Papstbesuches. Während die nichtöffentliche Begegnung im Augustinerkloster in Erfurt von einem „geschwisterlichen Geist“ geprägt gewesen sei, sei die anschließende Predigt Benedikt XVI. im Gottesdienst „für viele ökumenisch engagierte Menschen enttäuschend“ gewesen, sagte Schneider. Brennende Fragen des ökumenischen Dialogs habe der Papst gar nicht oder nur missverstehend und missverständlich angesprochen.

„Vor allem der Begriff ‚Gastgeschenk‘ führte auf beiden Seiten



der Ökumene zu Irritationen“, erklärte Schneider. „Gastgeschenke“ habe niemand erwartet, wohl aber inhaltliche Impulse.

Dazu sagte Jaschke, es wecke Stimmungen und führe zu ökumenischen Blockaden, anklagend auf den Papst zu zeigen. „Es ist unfair, wenn man dem Papst eine Liste von Forderungen vorlegt und danach den Erfolg des Besuches beurteilt“, sagte der Weihbischof,

der Mitglied der Ökumenekommission der Deutschen Bischofskonferenz ist.

„Die von uns allen ersehnten guten Wege beim Allerheiligsten der Kirche, bei Eucharistie und Abendmahl, können nicht per Federstrich eröffnet werden. Sie entstehen in einem geistlichen, theologisch begleiteten Prozess“, erklärte er.

Der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Landesbischof Friedrich Weber, erwartet zwar in naher Zukunft keine Durchbrüche. Es gelte aber, „unbeirrbar die Suche nach einem differenzierten Konsens“ fortzusetzen, sagte Weber. Zugleich schloss er konkrete Schritte Papst Benedikt XVI. zur Förderung der Ökumene nicht aus, da dieser den „selbst gesteckten Rahmen – „alles in seiner Macht Stehende (zu tun)“ – bislang bei weitem nicht ausgeschöpft“ habe. KNA

## §-Tipp: Abbau von Bürokratie?

### Die Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung

Das Steuervereinfachungsgesetz, auf das sich am 21. September Bund und Länder geeinigt haben, sieht eine Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung vor. Bereits rückwirkend zum 1. Juli 2011 kann der Unternehmer bei elektronischen Rechnungen auf aufwändige Signatur- und Datenaustauschverfahren verzichten. Eine elektronische Rechnung ist eine Rechnung, die in einem elektronischen Format ausgestellt und empfangen wird (etwa per E-Mail, PDF- oder Textdateianhang). Auch elektronische Rechnungen werden für den Vorsteuerabzug anerkannt, wenn sowohl die Echtheit

der Herkunft als auch die Unversehrtheit ihres Inhalts gewährleistet sind.

Die Echtheit der Herkunft ist gewährleistet, wenn die Identität des Ausstellers sichergestellt ist. Die Unversehrtheit des Inhalts wird gewährleistet, wenn die nach dem UStG erforderlichen Pflichtangaben während der Übermittlung der Rechnung nicht geändert worden sind.

Für den Unternehmer bedeutet das die zwingende Einführung eines innerbetrieblichen Kontrollverfahrens, das Echtheit und Unversehrtheit von Rechnungen sicherstellt. Dieses Kontrollverfahren muss kein „technisches“ Verfahren sein. Es reicht zum Beispiel auch ein manueller Abgleich der Rechnung mit der Bestellung, der aber



dokumentiert werden muss. Darüber hinaus sind elektronische Rechnungen zwingend elektronisch auf Datenträgern (nur einmal beschreibbare CDs und DVDs) aufzubewahren. Eine Aufbewahrung als Papierausdruck ist nicht (!) zulässig.

Ein solcher „Medienbruch“ würde eventuell zum Versagen des Vorsteuerabzugs führen.

Jutta Stüsgen, Steuerberaterin in Neuss, [beratung@stuesgen.de](mailto:beratung@stuesgen.de)

# Bischöfe beschließen Weltbild-Verkauf

Die umstrittenen Erotik-Angebote des Verlages haben Konsequenzen

**Die katholischen Bischöfe haben einen Verkauf der Verlagsgruppe Weltbild beschlossen und den Aufsichtsrat des Unternehmens teilweise ausgetauscht.**

Die Bischöfe, die Gesellschafter des Verlages sind, fassten diesen Beschluss Ende November in Würzburg. Die Gesellschafterversammlung war aufgrund einer Forderung der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) überraschend zusammengetreten. Sie beauftragte den Aufsichtsrat, den Verkauf der Verlagsgruppe „ohne jeden Verzug“ in die Wege zu leiten und in regelmäßigen Abständen über die Verkaufsverhandlungen zu berichten.

Der VDD hält mit 24,2 Prozent den größten Teil der Anteile an der Verlagsgruppe, die außerdem zwölf katholischen Bistümern und der Soldatenseelsorge gehört.

**Die Kritik des VDD** richtete sich auf die Geschäftsführung des Weltbildverlags. Es sei ihr nicht gelungen, „die internetgestützte Verbreitung sowie die Produktion von Medien, die den ideellen Zielen der Gesellschafter widersprechen, im eigenen Bereich und im Bereich der Unternehmensbeteiligungen hinreichend zu unterbinden. Die Glaubwürdigkeit der Verlagsgruppe und ihrer Gesellschafter hat darunter gelitten“. Zugleich kritisierten die Bischöfe auch die „verzerrende und unangemessene Weise der publizistischen Auseinandersetzung mit den anstehenden Fragen namentlich in Medien, die der Kirche nahe stehen“.

Der Weltbild-Verlag war in die Kritik geraten, weil er im Internet auch Erotik-Literatur und Esoterik zum Verkauf angeboten hatte. Daraufhin war der Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Donaubaer zu-

rückgetreten. Wie jeder Verlag und jeder Buchhändler – auch katholische – muss Weltbild auf das Verzeichnis Lieferbarer Bücher (VLB) zugreifen können, einen Katalog des deutschen Buchhandels, in dem sämtliche lieferbare Titel erfasst sind – auch solche erotischen oder esoterischen Gehalts. Die Anzahl der Treffer solchen Inhalts versuchte der Verlag zwar bei internetbasierten Bestellungen durch ein spezielles Filtersystem zu reduzieren. Gänzlich konnte dies jedoch nicht gelingen, da es sich um ein systemisches Problem handelt.



Vor zwei Wochen hatte Papst Benedikt XVI. angemahnt, die weite Verbreitung von Material erotischen oder pornografischen Inhalts vor allem in den westlichen Ländern „energisch einzuschränken“. Der Heilige Stuhl werde auch darauf achten, „dass der notwendige Einsatz gegenüber diesen Missständen“ seitens der katholischen Kirche in Deutschland deutlicher erfolge.

**Zum Verkauf** heißt es in der Unternehmensmitteilung, alle Beteiligten seien verpflichtet, zum Er-

halt des Unternehmenswertes beizutragen. Die „kirchlichen und sozialen Implikationen“ eines Verkaufs verdienen „eine besondere Beachtung“. Als mögliche Käufer nannte die „Süddeutsche Zeitung“ die Verlagshäuser Bertelsmann, Burda und Holtzbrinck.

**Grundsätzliche Fragen** wirft dieser Fall zu den wirtschaftlichen Aktivitäten der Kirche auf: Wer ist verantwortlich für die Ergebnisse, wenn sich die Kirche wirtschaftlich betätigt? Können die Bischöfe selbst kontrollieren, was die der Kirche gehörenden Unternehmen (und ihre Subunternehmen oder Vertriebspartner) im Angebot haben? An diesem Beispiel wird die vom Papst aufgeworfene Frage nach der „Entweltlichung“ konkret.

**Im Kölner „domradio“** bezeichnete BKU-Geschäftsführer Martin Wilde den geplanten Verkauf von Weltbild als „großen Verlust der Präsenz der Kirche in der Gesellschaft“. Die Bischöfe hätten vor der Entscheidung gestanden, bestimmte Grauzonen in Kauf zu nehmen oder den Verlag zu verkaufen. Wilde erinnerte daran, dass auch bei ethischen Kapitalanlagen, die kirchliche Banken betreiben, ständig Abwägungsprozesse nötig seien. Als Beispiel führte er Investments in die Rüstungsindustrie an. „Wenn man diesen Sektor überhaupt nicht in seinem Portfolio haben möchte, wird man nur noch wenige große Unternehmen finden, in die man investieren kann, da viele Firmen direkt oder indirekt mit der Rüstungsindustrie verbunden sind. Im ethischen Investment sagt man dann in der Regel: Bis zu fünf Prozent darf ein Unternehmen an Rüstungsbetrieben beteiligt sein, um noch als ethisch mögliches Investment eingestuft zu werden.“

BKU/KNA

# Weiterbildung auf den Philippinen

AFOS, BKU und Handwerkskammer Düsseldorf weiten Engagement aus

Seit mehr als zwei Jahren fördert die BKU-nahe AFOS-Stiftung für unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit mit Mitteln des Entwicklungsministeriums den Aufbau von Wirtschaftsverbänden und -kammern auf den Philippinen.

Hauptpartner ist die Cebu Chamber of Commerce and Industry (CCCI), mit deren Hilfe auf den umliegenden Visaya-Inseln die Selbstorganisation der Kleinunternehmer unterstützt wird. Ziel der Partnerschaft ist die Stärkung der Kammern und Verbände, Dienstleistungen für ihre Mitglieder zu erbringen und ihre Interessen in Gesellschaft und Politik zu vertreten. Schwerpunktspektoren sind dabei die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln, Tourismus und Herstellung von Möbeln sowie Kunst- und Schmuckhandwerk.

## Eine große Herausforderung

ist die berufliche Bildung. Viele Kleinunternehmer haben nur eine informelle oder geringe formale Bildung. Ihre Produkte erfüllen oft nicht die inzwischen erforderlichen Qualitätsstandards. Dies gilt in besonderem Maße für die Landwirtschaft und Lebensmittel verarbeitende Unternehmen. Ohne die Einhaltung von Hygiene- und Produktstandards haben sie nur einen begrenzten Zugang zum Einzel- oder Großhandel in den städtischen Zentren.

Mit einem neuen Ansatz der beruflichen Qualifizierung wollen CCCI und AFOS-Stiftung mit Unterstützung des BKU und der Handwerkskammer Düsseldorf die Kleinunternehmer zu höherer Produktivität befähigen. Entlang den Wertschöpfungsketten bestimmter Produkte sollen die landwirtschaftlichen Primärproduzenten, die weiterverarbeitenden Kleinunternehmer sowie die Klein-



Aus Bambusholz fertigen Arbeiterinnen auf den Philippinen Möbel. In dem Inselstaat fördert die BKU-nahe AFOS-Stiftung Kleinunternehmer.

und Großhändler qualifiziert werden. Entscheidend dabei ist die Zusammenarbeit zwischen den drei Akteursgruppen bei der Erstellung und Umsetzung der Qualifizierungskonzepte und -maßnahmen. Handel und Verarbeiter einerseits sowie Verarbeiter und Primärproduzenten andererseits können durch gegenseitige Beratung die jeweiligen Bedürfnisse und Standards weitergeben.

Die Rolle der AFOS-Stiftung sowie des BKU und der Handwerkskammer Düsseldorf wird

es dabei sein, Fachleute für die verschiedenen technischen Fragestellungen bereitzustellen sowie die Partner vor Ort bei der Erstellung der Ausbildungskonzepte und Materialien zu beraten. Den Kammern und Verbänden kommt dabei die wesentliche Rolle zu, die verschiedenen Qualifizierungsangebote zu koordinieren. Langfristig sollen die Kammern und Verbände in Zusammenarbeit mit Bildungsdienstleistern zu Trägern der beruflichen Bildung werden.

Martin Wilde

## Die AFOS-Stiftung

**AFOS**  
Stiftung  
für Unternehmensentwicklungszusammenarbeit

„Hilfe zur Selbsthilfe – Hilfe zur Selbstständigkeit“ – nach diesem Motto leistet die AFOS-Stiftung unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit aus unternehmerischer Verantwortung. Sie wurde 2003 mit Unterstützung des BKU aus dem Kreise seiner Mitglieder gegründet. Hervorgegangen ist sie aus dem Projekt „Afrika-Fonds Selbstständigkeit“ (AFOS), in dem der BKU, das Internationale Kolpingwerk und MISEREOR gemeinsam den Aufbau von Mikrofinanz-Institutionen in Kenia, Nigeria und Uganda unterstützt haben. Ziel der AFOS-Stiftung ist die Förderung von Kleinunternehmern in Entwicklungs- und

Schwellenländern auf Grundlage der Katholischen Soziallehre und orientiert am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Konkret unterstützt die AFOS-Stiftung den Auf- und Ausbau von Mikrofinanz-Institutionen, die Selbstorganisation der Kleinunternehmer in Kammern und Verbänden und ihre politische Interessenvertretung sowie ihre fachliche und berufliche Qualifizierung.

AFOS-Stiftung Christina Padilla, c/o BKU, Georgstraße 18, 50676 Köln, E-Mail: projekt@bku.de

### Spendenkonto:

Pax-Bank Köln Konto-Nr: 29 827 010, BLZ: 370 601 93

# Wulff mahnt Verlässlichkeit an

Das Entwicklungshilfe-Ministerium feiert sein 50-jähriges Bestehen

**Bundespräsident Christian Wulff hat davor gewarnt, die Partner in der Entwicklungszusammenarbeit mit immer neuen Konzepten zu überfordern. „Entwicklungsländer brauchen Verlässlichkeit und Berechenbarkeit“, sagte Wulff am 14. November beim Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) in Berlin vor rund 1200 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.**

„Wir sollten nicht den Anspruch haben, das Rad jedes Mal neu zu erfinden“, so Wulff. Das BMZ habe immer wieder Mut zur Veränderung bewiesen, dennoch müsse geprüft werden, wo die Förderrichtlinien mit der Realität vor Ort nicht zusammenpassen. Wulff begrüßte daher die vom BMZ geplante unabhängige Evaluierungsstelle.

Zugleich mahnte der Bundespräsident eine verlässliche politische Strategie gegenüber den Entwicklungsländern an. „Solange Partnerländer durch Handelshemmnisse, Schutzzölle oder Exportsubventionen in ihrer Entwicklung faktisch behindert werden, nehmen wir mit der einen Hand, was wir mit der anderen geben.“

**Entwicklungsminister Dirk Niebel** (FDP) verwies zu Beginn des Festakts auf die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und der Wirtschaft für „den guten Ruf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“. Dies sei der Verdienst aller Menschen, die sich in den vergangenen 50 Jahren im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eingesetzt hätten. Die Entwicklungszusammenarbeit stehe für Kooperation statt Konfrontation, sie stehe für Werte und Interessen und mache Partner nicht abhängig,



Bundespräsident Christian Wulff (v.li.), Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel mit Ehefrau Andrea, Alt-Bundespräsident Walter Scheel und der ehemalige Bundesentwicklungsminister Rainer Offergeld beim Festakt zum 50-jährigen Jubiläum des BMZ.

Foto: Photothek.net

sondern selbstständig, sagte er. Niebel kündigte an, bis 2013 zwei Millionen Menschen für die Entwicklungspolitik in Deutschland gewinnen zu wollen, doppelt so viele wie heute. „Die Politik kann die großen Fragen der Zukunft nicht alleine lösen“, meinte der Minister. Hier sei das Engagement von Bürgern und Unternehmen nötig. Die Kirchen würdigten in einem Gottesdienst die Arbeit des BMZ. „Wir sind dankbar für den Hunger,

der bekämpft wurde, und die Menschenrechte, die verteidigt wurden“, erklärte der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Prälat Karl Jüsten. Zugleich lobte er das „gute Miteinander von Staat und Kirche“ bei der Entwicklungshilfe. An dem Gottesdienst, der in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt stattfand, nahm auch die frühere Entwicklungshilfeministerin →

Fortsetzung auf Seite 30

## Kompass Marktwirtschaft

Positionspapier der CDU zur Entwicklungshilfe

**Der Bundesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte der CDU hat am 9. November das Positionspapier „Die Soziale Marktwirtschaft als Kompass in der Entwicklungspolitik“ beschlossen.**

In dem Papier fordert der Ausschuss eine stärkere Orientierung der Entwicklungshilfe am Modell der Sozialen Marktwirtschaft.

„Grundlage jeder Entwicklungszusammenarbeit und jeder Entwicklungsstrategie muss die Übernahme von Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft durch die Menschen in

den Entwicklungsländern sein“, heißt es in dem Dokument.

Der Bundesfachausschuss unter Leitung von Arnold Vaatz, MdB, lobte die Arbeit der CDU-geführten Bundesregierung: Diese habe die Weichen für eine ordnungspolitische Wende in der Entwicklungspolitik gestellt.

Der Ausschuss greift Vorstellung auf, die der BKU 2008 in einem Plädoyer mit dem Titel „Entwicklungspolitik neu denken: Solidarität braucht Subsidiarität!“ formuliert hat. In dem Positionspapier forderte der Unternehmerverband einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik.

# Führen Christen anders?

Einkehrtag des Arbeitskreises Christliche Spiritualität

**Führen Christen anders? Um diese Frage ging es bei einem BKU-Workshop für christliche Führungskräfte am 28./29. Oktober in Kvelaer und im Stammhaus der Firma Underberg in Rheinberg am Niederrhein.**

Der Publizist Dr. Andreas Püttmann attestierte zum Auftakt eine regelrechte „Implosion des Christlichen“: Während im Jahr 1970 noch 93 Prozent der Deutschen einer christlichen Kirche angehört haben, seien es heute nur noch 63 Prozent, berichtete er. Gleichzeitig wies er auf die Bedeutung hin, die christliche Werte für das moralische Fundament von Staat und Gesellschaft haben. Das gelte auch für die Lebenslage der Menschen. Wer glaubt, ist zufriedener mit seinem Leben, lässt sich seine Botschaft zusammenfassen. Für eine Renaissance des Christentums sind für den Bonner Publizisten nicht organisatorische Reformen der Kirche erforderlich, sondern mehr Glaube, Bekenntnis und Tapferkeit der Christen.

**Hubertine Underberg-Ruder**, Verwaltungsratspräsidentin des Spirituosenherstellers Underberg KG, berichtete von der Vision ihres Unternehmens, die alle zehn Jahre in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern angepasst wird. Bei der vorletzten Überarbeitung in den Jahren 2000/2001 habe sie erstmals mit jedem der damals 400 Mitarbeiter des Unternehmens ein persönliches Gespräch geführt. Von diesen „Members of the Underberg family“ habe sie



Impulse zum Thema Spiritualität und Führung bekamen die Teilnehmer von Dr. Andreas Püttmann (v.li.), Hubertine Underberg-Ruder, Pater Thomas Dienberg und Michael Bommers. Foto: Peter Unterberg

wichtige Impulse erhalten sagte die Unternehmerin. Zentral ging es dabei um die Fragen: „Wer sind wir?“, „Was wollen wir?“ und „Wie sollen wir handeln?“

Für die derzeit laufende Überarbeitung des Leitbildes wurde zudem das Thema Nachhaltigkeit mit aufgenommen, das familienintern mit dem Begriff „enkelfähige Ziele“ umschrieben werde. Bemerkenswert ist, dass sich Underberg auch auf die Grundsätze christlicher Weltanschauung beruft. Auf die persönliche Frage nach dem stärksten Führungsmittel eines Vorgesetzten sagte Underberg-Ruder: „Wenn eine Führungskraft durch ihr Beispiel stört!“

Ähnlich sieht es der Vorstand der La mer Cosmetics AG, Michael Bommers: „Die Menschen an der Basis spüren, ob ihre Vorgesetzten glaubwürdig sind“, betonte er. Wichtig sei es daher, als Vorgesetzter berechenbar und ehrlich zu sein, sagte der Vorsitzende des BKU-Arbeitskreises Christliche Spiritualität.

**Um die Spiritualität** ging es im Impuls des Kapuzinerpaters Prof. Dr. Thomas Dienberg OFMCap. Bei der Spiritualität gehe es um die gesamte Existenz eines Christen, um die zentrale Frage, ob sein Leben dem Geist zugewandt sei. Das gehe entweder ganz oder gar nicht, erklärte er. Dies brauche Formen des Gebetes, des Gespräches und der Lebensgestaltung und müsse am Leben des Christen erkennbar sein. Der Gläubige müsse immer wieder in der Bibel und anderen Quellen lesen, um sein Leben auf das Wesentliche auszurichten. Dienberg betonte, dass diese Lebensführung nicht überfordern, sondern befreien soll, und warnte vor einer „Leistungsfrömmigkeit“.

Peter Unterberg

## Glauben vertiefen



Jubiläum des BMZ – Fortsetzung von Seite 29

→ Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD) teil. Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Prälat Bernhard Felmburg, betonte, das Engagement von Staat und Kirche er-

gänze sich. Seit Bestehen des Ministeriums hätten die Politiker vertrauensvoll mit den Partnerorganisationen der Kirchen zusammengearbeitet. Der südafrikanische Politiker und Kirchen-

führer Mvume Dandala bezeichnete die Errichtung des Ministeriums als „einen Meilenstein“. Der Auftrag von Staat und Kirche, Hunger und Armut zu bekämpfen, bleibe weiterhin bestehen. KNA

# Was kommt nach dem Kapitalismus?

BKU-Berater Ockenfels klagt die moralischen Werte ein

In seinem neuesten Werk „Was kommt nach dem Kapitalismus?“ analysiert der Trierer Sozialethiker Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels OP die Gründe für die gegenwärtige Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise.

Ausgewogen benennt er sowohl die Defizite individueller Moral als auch die ordnungspolitischen Mängel der staatlichen Rahmensetzung. Als Antwort auf die Krisen fordert er konsequent eine Rückbesinnung auf moralische Werte wie auch auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die er nicht nur national, sondern auch global zur Geltung gebracht wissen will.



Wolfgang Ockenfels: Was kommt nach dem Kapitalismus? Sankt Ulrich Verlag, Augsburg, 2011, 175 Seiten, 16,95 Euro.

Gefahren für die zukünftige Ordnung sieht er einerseits in einer mangelnden Gemeinwohlorientierung des Staates, aber andererseits auch in einer staatlichen Überreaktion. So warnt Ockenfels vor einem Ausschlagen des Pendels in das andere Extrem, beispielsweise einer internationalen „Planungsdictatur“ unter dem Vorwand der Rettung des Weltklimas. Als Geistlicher Berater des BKU verweist er dabei auf die Forderung Papst Benedikts XVI. nach einer Weltautorität. Diese dürfe man aber nicht mit einer Weltregierung oder gar einem Weltstaat verwechseln. Entscheidend sei die Geltung des Rechts, das eine globale Ordnung der Freiheit und Verantwortung konstituiere.

Martin Wilde

## Klassiker in Neuauflage

Höffners Gesellschaftslehre ist wieder lieferbar

Es gibt wohl kein erfolgreicheres Lehrbuch der Soziallehre der Kirche als die „Christliche Gesellschaftslehre“ von Joseph Kardinal Höffner.

Erstmals 1962 veröffentlicht, erlebte es bis 1983 acht zum Teil erweiterte Auflagen. Der Bonner Sozialethiker Lothar Roos besorgte 1997 eine Neuausgabe, in die er wesentliche Aussagen der nach Höffners Tod (1987) erschienenen Sozialzyklen einarbeitete. Der „Höffner/ Roos“ wurde in etliche Fremdsprachen übersetzt: Englisch, Spanisch, Kroatisch, Ungarisch, Litauisch, Polnisch, Russisch, Slowakisch, Koreanisch, Chinesisch. Alle fremdsprachlichen Übersetzungen können über [www.ordosocialis.de](http://www.ordosocialis.de) abgerufen werden.

Da die im Jahr 2000 erschienene zweite Auflage der deutschen Neuausgabe vergriffen war, hat der Al-



Joseph Kardinal Höffner: Christliche Gesellschaftslehre, hrsg. von Lothar Roos, Erkelenz 2011, 351 Seiten, 20 Euro.

tius-Verlag mit Unterstützung der Joseph-Höffner-Gesellschaft und des Erzbistums Köln eine dritte Auflage besorgt, die auch als eBook über [www.altius-verlag.de](http://www.altius-verlag.de) erhältlich ist.

Damit ist ein „Klassiker“, der zuverlässig über die methodischen Grundlagen, Prinzipien und sozialethischen Konsequenzen der kirchlichen Sozialverkündigung informiert, wieder zugänglich.

Andreas Püttmann

## Managerismus oder: Gutsverwalter nach Gutsherrenart

Für Manfred Hoefle ist „Managerismus“ das Gegenteil von „guter Unternehmensführung“. Er selbst hat jahrzehntelang in einem deutschen Großkonzern gearbeitet. Hoefle ist weit davon entfernt, alle angestellten Vorstände und Geschäftsführer in Sippenhaft für Fehlentwicklungen zu nehmen. Aber er macht gerade bei großen Aktiengesellschaften eine Tendenz vieler aus, „die sich als Gutsverwalter geben, obwohl sie nur Gutsverwalter sind“. Kenntnisreich beschreibt er die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und begründet seine zentrale Forderung: Die persönliche Verantwortung der Vorstände, Geschäftsführer und (!) Aufsichtsräte soll gestärkt und mit persönlicher Haftung verbunden werden.

Manfred Hoefle: Managerismus – Unternehmensführung in der Not, Wiley-VCH Verlag, Weinheim, 2010, 247 Seiten, 19,90 Euro.

## Geburtstage

### ■ 40 Jahre

Andreas Borsutzky, Hamburg  
Dr. Michael Scherm, Regensburg  
Burkard Erbacher, Kleinheubach

### ■ 50 Jahre

Uwe Karl Franz Diederich, Magdeburg  
Thomas Nörthemann, Magdeburg  
Bernhard W. Zaunseder, Trier  
Pan Pawlakudis, Herten  
Klaus-Dieter Feld, Weinstadt  
Winfried Goertz, Brüggen  
Stephan Lenz, Dormagen  
Peter Gockel, Köln

### ■ 60 Jahre

Bernd Reichert-Berg, Möglingen  
Klaus-Peter Flosbach MdB, Waldbröl  
Karl Prinz zu Löwenstein, Köln  
Gerhard Martin, Czogolla  
Hans Eichinger, Berching  
Wilhelm Schürmann, Ebersbach  
Kurt Berkenhoff, Bergisch Gladbach  
Martin Gésigora, Münster  
Holger Döring, Hornstorf

### ■ 70 Jahre

Heinz M. Breidenbach, Köln  
Dr. Klaus Philippi, Heimsheim

### ■ 75 Jahre

Prof. Dr. Konstantin Martin, Hamburg  
Dr. Christoph Uleer, Sankt Augustin  
Kurt Rümmele, Regensburg  
Norbert Wenner, Werne  
Franz Josef Sander, Paderborn

### ■ 80 Jahre

Franz Josef Schmitt, Neuss  
Hans Dieter auf der Springe, München

### ■ 85 Jahre

Dr. Wilm Tegethoff, Berlin

## BKU-Mitglied Werner Wenning wurde 65

Der ehemalige Bayer-Vorstand Werner Wenning hat am 21. Oktober seinen 65. Geburtstag gefeiert. Im Leverkusener Bayer-Konzern hat BKU-Mitglied Wenning eine Lehre als Industriekaufmann absolviert und sich danach über zahlreiche Stationen zum Vorsitzenden des Vorstandes emporgearbeitet. Nach seiner Pensionierung im Herbst 2010 wurde er unter anderem Aufsichtsratsvorsitzender des Energiekonzerns Eon.

## Sparkassenpräsident

Georg Fahrenschon wird BKU-Mitglied

Die BKU-Diözesangruppe München freut sich über ein prominentes neues Mitglied: Im Herbst hat der designierte Sparkassenpräsident Georg Fahrenschon seinen Aufnahmeantrag gestellt.



Georg Fahrenschon Foto: Unt

Einen Antrag ganz anderer Art stellte der ehemalige Bayerische Finanzminister einige Wochen danach: Bei Redaktionsschluss dieses BKU-Journals galt er als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

Der 43-Jährige ist im BKU kein Unbekannter. Schon seit Jahren ist er regelmäßig bei den Münchener Ordo-Gesprächen dabei, bei denen der BKU und verschiedene Partnerorganisationen mit jungen Führungskräften ins Gespräch kommen. Der diplomierte Wirtschaftswissenschaftler gehörte von 2002 bis 2007 dem Deutschen Bundestag an und war von 2008

bis 2011 Finanzminister in München. Fahrenschon ist verheiratet und Vater zweier Töchter.

Der aktuelle Wechsel kam für Insider nicht überraschend: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat in Redemanuskripten des Ministers zahlreiche Komplimente für die Sparkassen gefunden: Fahrenschon habe diese als „Fels in der Brandung“ gelobt, ihnen attestiert, dass sie keine Gewinnmaximierung um jeden Preis betrieben“ und die Grundsätze Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung leben. Unt

## Koffer für die letzte Reise

Kardinal Marx in der Ausstellung von Fritz Roth



„Einmal Jenseits und zurück – Ein Koffer für die letzte Reise“ ist der Titel einer Wanderausstellung, die der Vorsitzende der BKU-Diözesangruppe Köln, Fritz Roth (re.), zusammengestellt hat. Derzeit ist die Ausstellung in der ehemaligen Karmeliterkirche in München zu sehen. Eröffnet wurde sie dort von Erzbischof Reinhard Kardinal Marx (li.).

# Marx: Viel zu tun für die Kirche

BKU-Berater Lothar Roos erhielt den Wilhelm-Weber-Preis

**Der Geistliche Berater des BKU, Prof. Dr. Lothar Roos, ist mit dem Wilhelm-Weber-Preis ausgezeichnet worden. Die Festrede bei der Preisverleihung am 8. November in München hielt der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx.**

Marx erinnerte sich daran, dass er als junger Priester viele persönliche Kontakte zu Wilhelm Weber hatte. Weber war bis zu seinem frühen Tode im Jahre 1983 Geistlicher Berater des BKU und gehörte seinerzeit zu den exponiertesten Fachleuten der Katholischen Soziallehre. Diese Lehre gehört für Marx zu den „Schätzen“ der Kirche. Sie bestehe aus dem Dreiklang aus lehramtlichen Verkündigungen, der sozialwissenschaftlichen Verarbeitung dieser Grundsätze in der jeweiligen Situation sowie dem sozialen Engagement der Kirche und der katholischen Verbände. Im Kontext von Glaube und Vernunft gehe es darum, normative Sätze zu formulieren, die jedem vernünftigen Menschen einsichtig seien – egal ob dieser an Gott glaube oder nicht.

**Bei allen Parallelen** sei die Katholische Soziallehre aber nicht identisch mit der Sozialen Marktwirtschaft, stellte der Kardinal klar. Als aktuelle Herausforderung sieht Marx die Suche nach globalen Regeln in Staat und Wirtschaft. „Da gibt es noch viel zu tun“, sagte er und räumte ein, dass die Kirche hier noch weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibe.

In der Laudatio beschrieb der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Prof. Dr. Joachim Starbatty, Roos' Verständnis der Katholischen Soziallehre. Demnach habe jeder Mensch seine individuelle Berufung im Plan Gottes. Die Soziallehre habe



Preisverleihung: BKU-Geschäftsführer Martin Wilde, die Professoren Martin Kiefer (v.li.), Joachim Starbatty, Lothar Roos, Heinz Kiefer (sitzend), Reinhard Kardinal Marx und der stellvertretende BKU-Vorsitzende Gerhard Lux.

Foto: Peter Unterberg

dabei die Aufgabe, im Dialog mit anderen Wissenschaften Wege zu menschlicheren Lebensbedingungen zu zeigen.

**Gestiftet** wurde der Preis von Prof. Dr. Heinz Kiefer. Der 83-Jährige baute eine Panne mit dem Mikrofon schlagfertig in sein Grußwort ein: „Mit der Technik habe ich meine Probleme“, sagte er. Dies gelte auch für das Verhältnis der Gesellschaft zu technischen Neuerungen und deren Folgen, erklärte er. Der Preis solle auf der Suche nach Wegen helfen, die Menschen im christlichen Sinne mit der Technik zu versöhnen. Bei der Preisübergabe „outete“ sich auch der Sohn des Stifters, Prof. Dr. Markus Kiefer, als Schüler des Geehrten. Er habe seinerzeit von Roos gelernt, das die Christliche Soziallehre keine „Theologie light“ sei, sondern systematisches Denken verlange.

**Preisträger Lothar Roos** hat Wilhelm Weber ab 1979 in der BKU-Grundsatzkommission erlebt und im Jahre 1983 von ihm das

Amt des Geistlichen Beraters übernommen. Eines der letzten gemeinsamen Erlebnisse war eine Reise nach Nicaragua, wo sie das wahre Gesicht der Sandinisten erlebten, die damals das Land regierten und unter linken Christen als Heilsbringer galten. Mit einem Artikel in der Münsteraner Tageszeitung habe Weber die Illusion vom Paradies in Nicaragua zerstört und sich damit viele Feinde gemacht, berichtete Roos. Eine zentrale Rolle spielt für Roos das Naturrecht, das er in Anlehnung an Weber als „von Gott ins Herz gelegte Grundsätze“ beschrieb.

**Der BKU hatte sich** erstmals an der Ausrichtung der Preisverleihung beteiligt und stellte einen großen Teil der rund 60 Festgäste. Der stellvertretende BKU-Vorsitzende Gerhard Lux dankte Roos dafür, dass er „ehrllich, klar und in Würde“ vortrage, was er zu sagen habe. Mit dem Aufruf, „nicht nur zu diskutieren, sondern zur Tat zu schreiten“, schloss er die Feier.

Peter Unterberg

## Namen sind Nachrichten

Der Vorsitzende der Diözesangruppe Aschaffenburg, **Alois Konstantin Fürst zu Löwenstein**, feiert am 16. Dezember seinen 70. Geburtstag. Eine ausführliche Würdigung folgt im nächsten BKU-Journal.



**Dr. Bernd Kreuter**, BKU-Mitglied in der Diözesangruppe Frankfurt, hat an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen eine Diplomarbeit geschrieben. In der Arbeit mit dem Titel „Diakonie im inner- und außerkirchlichen Dialog“ geht er der Frage nach dem Ort der Diakonie in Kirche und Gesellschaft nach. Interessenten können sich unter [bernd\\_kreuter@gmx.de](mailto:bernd_kreuter@gmx.de) direkt an den Autor wenden.



BKU-Mitglied **Rainer Mauer** hat am 22. November seinen 80. Geburtstag gefeiert. Der Jurist war bis zu seiner Pensionierung Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie.

## Albrecht Feibel ist tot

**Das langjährige BKU-Mitglied Albrecht Feibel ist tot. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete starb am 30. Oktober im Alter von 71 Jahren.**

Nach der Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann arbeitete er ab 1965 als Reiseverkehrskaufmann. In dieser Branche

## Neustart in Magdeburg

Peter von Pokrzywnicki löst Helmut H. Seibert ab



Die BKU-Diözesangruppe Magdeburg hat eine neue Führung: Dort hat Peter von Pokrzywnicki (mi.) Helmut H. Seibert (2.v.re.) abgelöst. Von Pokrzywnicki ist Inhaber des Software-Unternehmens Q-fin GmbH in Magdeburg. Seibert und sein Stellvertreter Holger Saffier (li.) haben die DG Magdeburg in den vergangenen elf Jahren zu einem der größten BKU-Standorte ausgebaut – mit rund 60 Mitgliedern. Unterstützt wird der neue Vorsitzende von seinem neu gewählten Stellvertreter Eberhard Nitzschke (2.v.li.), Geschäftsführer der GUEBS Ingenieurgesellschaft in Klein Guebs. Geistlicher Berater der Gruppe ist Dr. Clemens Dölken O. Praem (re.).

Foto: Peter Unterberg

## Verlängerung in München

Gerhard Lux wurde im Amt bestätigt

Der Vorstand der Diözesangruppe München ist Ende September für eine weitere Amtszeit bestätigt worden: Vorsitzender bleibt Gerhard Lux (Foto), der jetzt auch zum stellvertretenden BKU-Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Er wird unterstützt von seinen bewährten Stellvertretern Martin Choroba, Thomas Benz, Dr. Günther Bös und Dr. Albert Gresser. Als Delegierte wählten die Mit-



glieder Dr. Holger Adam, Andreas Huber und Guido Richter.

Tode war Albrecht Feibel Schatzmeister der CDU Saar. Die saarländische Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer und Innenminister Stephan Toscani hatten Feibel wenige Stunden vor seinem Tod für sein vielfältiges ehrenamtliches Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet.

## Dött bleibt BKU-Vorsitzende

Delegiertenversammlung wählte Eigentümergeverantwortung als Jahresthema

**Marie-Luise Dött, MdB, bleibt Vorsitzende des BKU. In der BKU-Delegiertenversammlung am 7. Oktober in Aachen wurde sie mit großer Mehrheit für drei weitere Jahre in ihrem Amt bestätigt.**

Die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion führt den BKU seit März 2001. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde ihr Vize Burkhard Leffers, ehemals Regionalvorstand der Commerzbank in Frankfurt. Als neuer BKU-Bundesvize wurde Gerhard Lux, Geschäftsführer der Agentur Lux Personal und Kommunikation mit Sitz in München, gewählt.

Neuer Schatzmeister ist Georg Freiherr von Boeselager. Der persönlich haftende Gesellschafter der Privatbankiers Merck Finck & Co. ist Nachfolger von Winfried Hinzen.

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt:

- der Architekt Dr. Jan Krieger (Berlin),



Der neue BKU-Vorstand: Bernhard Vester (v.li.), Jutta Stüsgen, Burkhard Leffers, Elke Martin-Ehret, Marie-Luise Dött, Dr. Jan Krieger, Georg Freiherr von Boeselager und Gerhard Lux. Nicht im Bild ist Dr. Thomas Müller-Kirschbaum.

- der Corporate Senior Vice-President bei der Henkel AG & Co. KGaA Prof. Dr. Thomas Müller-Kirschbaum (Düsseldorf),
- die Steuerberaterin Jutta Stüsgen (Neuss/Köln),
- die Steuerberaterin/Wirtschaftsprüferin Elke Martin-Ehret (Emmendingen bei Freiburg),
- der Unternehmensberater Bernhard Vester (Mainz).

Geordnete Finanzen konnte Winfried Hinzen übergeben. Der Jahresabschluss für 2010 weist mit 12 600 Euro Überschuss eine gute schwarze Null aus, auch die laufenden Zahlen für 2011 weisen in eine ähnliche Richtung.

Der Haushaltsplan für 2012, den die Delegierten einstimmig verabschiedeten, weist ein Volumen von 782 000 Euro aus. Rückgrat der Einnahmen sind mit 377 000 Euro die Mitgliedsbeiträge. Spenden und zumeist projektgebundene Zuschüsse summieren sich auf 162 000 Euro. 174 000 Euro erwirtschaftet der BKU selbst über Teilnehmerbeiträge und Anzeigen.

Größter Ausgabenposten sind die Personalausgaben mit 305 000 Euro. Für Veranstaltungen sind 222 000 Euro vorgesehen.



Mit Dank verabschiedet wurde Winfried Hinzen, der nach drei Amtszeiten als Schatzmeister nicht mehr zur Wiederwahl antrat und geordnete Finanzen übergeben konnte. Hinzen hat fast gleichzeitig mit der Vorsitzenden Marie-Luise Dött, MdB, sein Vorstandsmandat angenommen. Beide betonten, dass sie das BKU-Schiff gemeinsam auf Kurs gehalten haben. Vieles sei dabei auf Blickkontakt oder in kurzen, konstruktiven Telefonaten entschieden worden.

**Im inhaltlichen Teil** der Versammlung ging es um das Jahresthema für 2012. Nachdem das Thema „Nachhaltigkeit“ erfolgreich abgeschlossen ist, steht für das kommende Jahr die „Eigentümergeverantwortung“ im Mittelpunkt der BKU-Aktivitäten.

## Himmlicher Glanz

Exklusive BKU-Führung in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden



Mit päpstlicher Erlaubnis wurde die Ausstellung des Raffaelbildnis in Dresden möglich.  
Foto: Pressestelle der Staatlichen Kunstsammlung

**Im Oktober hatte die Diözesangruppe Dresden die einmalige Gelegenheit, außerhalb der regulären Öffnungszeiten in der Gemäldegalerie Alte Meister der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden die vielbeachtete Sonderausstellung „Himmlicher Glanz“ zu besuchen.**

Möglich wurde die Ausstellung durch Benedikt XVI. Aus Anlass seiner Deutschlandreise hat er die Er-

laubnis erteilt, das Raffaelbildnis der „Madonna di Foligno“ außerhalb der Vatikanischen Museen zu zeigen und nach Dresden auszuleihen. Seit seiner Fertigstellung hatte dieses Bild den Vatikanstaat nie verlassen. In der Gemäldegalerie Alter Meister wurde es in einer sehr klug und ansprechend komponierten Sonderausstellung gemeinsam mit dem dortigen Prunkstück der ebenfalls von Raffael geschaffenen „Sixtinischen Madonna“ präsentiert.

Die Veranstaltung fand bei den Mitgliedern der Diözesangruppe und deren Gästen großen Anklang. Nach einem herzlichen Willkommensgruß durch den kommissarischen Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen, Prof. Dr. Dirk Syndram, führte der Direktor der Gemäldegalerie Prof. Dr. Bernhard Maaz persönlich die mehr als 50 Personen starke Besuchergruppe durch die Ausstellung. Nach der beeindruckenden Führung gewährte die Hausspitze dann noch einen Blick hinter die Kulissen eines Museumsbetriebes von internationalem Rang. So erfuhren die Besucher am Beispiel der für Mai 2012 geplanten Jubiläumsausstellung anlässlich der Fertigstellung der „Sixtinischen Madonna“ vor 500 Jahren, was für ein enormer Aufwand erforderlich ist, um eine derartige Großausstellung zu realisieren.

Markus Haselier

### In die Stille gehen: Ausstellung in Berlin



Noch bis zum 24. Januar 2012 zeigt die Pax-Bank Berlin in Kooperation mit der Galerie Chlodwig Selmer Bilder der Künstlerin Sylvia Wolff. Zur dieser Ausstellung „In die Stille gehen“ laden die BKU-Mitglieder Martina Lohaus-Selmer und der Direktor der Pax-Bank in Berlin, Christian Hartmann, in die Geschäftsräume der Pax-Bank, Chausseestraße 128a, 10115 Berlin herzlich ein.

## Wallraff bei der DG Köln



Die DG Köln, der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888 sowie der Kölner Presseclub luden am 6. Oktober zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion in die Residenz am Dom. Über das Thema „180 Nationen in der Millionenstadt Köln – Chancen und Probleme“ diskutierten der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters (2.v.re.) und der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff (re.). Moderator war der langjährige ZDF-Wirtschaftsredakteur Dieter Balkhausen, der auch Mitglied des BKU Köln ist. Als Gastgeber begrüßten Peter Neuß als Direktor der Residenz am Dom (2.v.li.) und der DG-Vorsitzende Fritz Roth (li.).

# Wirtschaft muss sozial sein

DG Düsseldorf diskutierte über Industrie und Nachhaltigkeit

**Auf Einladung der DG Düsseldorf diskutierten am 26. Oktober Unternehmer und Experten über den Zusammenhang zwischen Industrie und Nachhaltigkeit.**

Kurt Demmer, Chefvolkswirt der Mittelstandsbank IKB, referierte über die Bedeutung der Industrie, die eine schnelle Bewältigung der Wirtschaftskrise von 2008 und 2009 erst möglich gemacht habe. Die DGV-Vorsitzende Maria Fischer teilte die Ansicht Demmers. „Die industrielle Wertschöpfung ist die Basis für das Wohlergehen der Bewohner Düsseldorfs und Nordrhein-Westfalens.“

Der Leiter der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Monsignore Prof. Dr. Peter Schallenberg, mahnte: „Mittelpunkt jeder ökonomischen Handlungsweise muss die menschliche Person



Die Diskussionsrunde im Maxhaus.

sein.“ Von diesem Standpunkt aus müsse die kritische Frage nach der ethischen Bewertung einer ökonomischen Handlungsweise nicht nur nach den Gesichtspunkten der Stabilität und Effizienz erfolgen, „sondern sie ist eine Frage der Gerechtigkeit“, sagte der Professor. Im Anschluss diskutierten Henning Friege (Sprecher der Geschäftsführung der Awista), Reiner Priggen (Fraktionsvorsitzender

der Landtags-Grünen), Bodo Wilms (Bezirksleiter der Gewerkschaft IGBCE) und der Unternehmer Michael Werhahn gemeinsam mit den Referenten über das Thema Nachhaltigkeit in der Industrie. Moderiert wurde die Veranstaltung von Antje Höning, Leiterin des Ressorts Wirtschaft bei der Rheinischen Post.

Thorsten Breitkopf

## Dieckmann in Düsseldorf



Die Präsidentin der Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann (li.), war am 4. Oktober bei Maria Fischer (re.) und der DG Düsseldorf des BKU zu Gast. Sehr authentisch gab die ehemalige Bonner Oberbürgermeisterin einen Einblick in ihre Beweggründe, für die Organisation zu arbeiten: sie sei als katholische Christin den Werten Nächstenliebe, Solidarität und Gerechtigkeit sehr verbunden, engagiere sich auch daher für die Welthungerhilfe. Für diese Werte sei es erforderlich einzutreten – in unserer Gesellschaft und weltweit. Viele Herausforderungen für die Welthungerhilfe kennt sie aus ihren Reisen persönlich. Die Welthungerhilfe wolle in keinem Land auf Dauer bleiben, sondern „Hilfe zu Selbsthilfe“ leisten.

Christian Dick

## Fischer „gegen“ Wagenknecht

Die Vorsitzende der DG Düsseldorf Maria Fischer hat die Soziale Marktwirtschaft in einem Pro & Contra gegen die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Sahra Wagenknecht, verteidigt. Die Anführerin der so genannten „Kommunistischen Plattform“ schrieb, ein Wirtschaftsmodell, welches den jüngeren wie älteren Generationen die Lebensperspektive nehme, habe keine Existenzberechtigung mehr. Die Leiterin der internationalen Personalberatung Fischer HRM konterte: „Unser demokratisches System schützt uns vor Machtmissbrauch. Zu verbessern gibt es noch lange massenhaft, aber ein besseres System als die Soziale Marktwirtschaft, die nur in einer Demokratie funktioniert, gibt es auf der ganzen Welt nicht.“ Das Pro & Contra erschien in der Oktoberausgabe des Magazins „fiftyfifty“.

# Zukunft auf Katholisch

Dialogprozess im Bistum: DG Ruhrgebiet besuchte Bischof Overbeck

**Zu einem offenen Meinungsaustausch trafen sich der Bischof von Essen, Dr. Franz-Josef Overbeck, die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött, MdB, und der Vorstand der DG Ruhrgebiet unter Elisabeth Schulte.**

Bei dem Gespräch ging es in erster Linie um die Vorstellungen der DG Ruhrgebiet zum Dialogprozess zwischen Bistumsleitung und Laien in Essen. Ein weiteres Thema, das offen diskutiert wurde, war die Zukunft des Dritten Weges – also die Frage, wie die Beziehungen zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern in katholischen Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Kindergärten künftig gestaltet werden. Mit dabei waren Dr.-Ing. Christoph Diekmann, Wilfried Lanfermann, Michael Sommer, Probst Manfred Paas, Ralf-Peter Weingarten und Geschäftsführer Peter Unterberg.

**Fragen und Anregungen** zum Dialogprozess im Bistum hat die DG Ruhrgebiet in einem Thesenpapier formuliert. Daraus im Folgenden einige Auszüge:

Die zunehmenden Zahlen älterer Menschen und rückläufigen junger Menschen bei insgesamt aber abnehmender christlicher Bevölkerungszahl bringen gravierende Auswirkungen mit sich. Risiken wie weniger Gottesdienstteilnehmer, Überalterung und mangelnder Nachwuchs aus der Jugend entstehen. Die Zahl der Katholiken geht zurück und damit auch die Einnahmen aus Kirchensteuern. Doch es gibt auch Chancen, wenn auf Qualität statt Quantität gesetzt wird (Profilierung über die Kernkompetenzen). Katholische Kirche soll kein Massenprodukt sein, sondern Glaubensgemeinschaft und Eckstein in der Gesellschaft – in der Nachfolge Jesu Christi. Wer sonst kann einen 2000-jährigen Erfah-



Der BKU im Dialog mit dem Ruhrbischof: Geschäftsführer Peter Unterberg (v.li.), Dr.-Ing. Christoph Diekmann, Probst Manfred Paas, die Bundesvorsitzende Marie-Luise Dött, MdB, Michael Sommer, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, die DG-Vorsitzende Elisabeth Schulte, Wilfried Lanfermann und Ralf-Peter Weingarten.

ungsschatz in moderne, aktuelle Herausforderungen einbringen? Dennoch muss sich eine Pastoral der „Komm“-Struktur zu einer „Geh-hin“-Seelsorge entwickeln. Es gilt, mit den Stärken zu wuchern und den reichen Schatz der Kirche glaubhaft, verständlich und in den Inhalten konsequent zu vermitteln. Kirche darf nicht aus Angst zum Ratgeber für Zentralismus werden oder das Feld frühzeitig der Konkurrenz überlassen. Bei allen Entscheidungen sind die Prinzipien der Katholischen Soziallehre zugrunde zu legen: die Subsidiarität, die Solidarität und die Personalität. Auch wenn die Kirche kein Unternehmen im üblichen Sinne ist und Glaubenswahrheiten nicht an die „Kundenmeinung“ anpassen kann, so gelten viele unternehmerische Grundsätze für eine erfolgreiche Arbeit auch für sie: Kirche muss den „Kunden“ und Mitarbeitern Perspektiven und Ziele aufzeigen. Mitarbeiter sind die konkretesten Botschafter.

Weiterhin entscheidend für unternehmerischen Erfolg sind Offenheit und Transparenz. Dazu ist eine permanente Diskussionskultur auf allen Ebenen erforderlich. Eminent wichtig ist das hohe Gut

der ehrenamtlichen Tätigkeit, insbesondere in der Jugendarbeit. Die katholische Kirche hat zudem einen großen Schatz: ihre katholischen Kindergärten und Schulen. Diese Bildungschance muss bewahrt und genutzt werden. Wichtig ist ebenso, das Prinzip der Subsidiarität zu wahren und zu fördern. Nur im Ausnahmefall sind größere Einheiten heranzuziehen. Katholische Einrichtungen müssen auf einer soliden wirtschaftlichen Basis stehen. Ohne betriebswirtschaftliche Grundlage können keine sozialen Werke vollbracht werden.

Mit dem „Dritten Weg“ im Arbeitsrecht steht der Kirche ein Handlungsspielraum zur Verfügung, den sie leider nie genutzt hat. So wurden die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes übernommen. Inzwischen sind auch bei kirchlichen Einrichtungen die finanziellen Reserven aufgebraucht. Es geht nicht „nur“ um eine Fortentwicklung des „Dritten Weges“, sondern darum, ihn erstmals überhaupt konsequent als separaten Weg zu sehen und zu gehen!

Die gesamte Stellungnahme finden sei unter [www.bku.de](http://www.bku.de) unter Diözesangruppen/Ruhrgebiet.

# Welche Arbeitsmigration brauchen wir?

DG Ruhrgebiet diskutierte über Einwanderung und Fachkräftemangel



Referenten zum Thema Einwanderung gegen Fachkräftemangel waren (v.l.n.r.) Dirk Grünewald, Unternehmer, Carmen Tietjen, DGB NRW, und Prof. Dr. Werner Halver, Hochschule Ruhr West, moderiert von Dr. Judith Wolf, Katholische Akademie Die Wolfsburg.

**Prof. Dr. Werner Halver, Leiter des Wirtschaftsinstituts der Hochschule Ruhr West in Mülheim, brachte die Kernaussagen des Abends auf den Punkt: Einwanderung kann nur ein Teil der vielfältigen Bemühungen sein, knappe Fachkräfte zu bekommen.**

Und die, die aus dem Ausland kommen, haben nicht unbedingt die Qualifikationen, die hier zu knapp sind, sagte er bei der gemeinsamen Veranstaltung „Einwanderung gegen Fachkräftemangel“ der Akademie „Wolfsburg“ und der DG Ruhrgebiet am 20. Oktober im Mülheim. Der häufigste Grund für Zuwande-

rung sei nicht, hier zu arbeiten, sondern bezwecke die Familienzusammenführung.

Deutlich wurde, dass die Zahl der Einwanderer allein zahlenmäßig schon bei weitem nicht ausreicht, um die Lücken des Fachkräftemangels zu schließen. Überhaupt nicht nachvollziehbar sei die bürokratische und rigide Anerkennungspraxis ausländischer Berufsabschlüsse durch hiesige Behörden.

Angesprochen wurden auch die Probleme bei der Integration, die nicht nur auf deutscher Seite liegen – da waren sich alle einig: Auch von den Einwanderern müsse eingefordert werden, die deutsche Sprache zu lernen oder Menschenrechte zu achten, was bei einigen Kulturen schon bei der Erziehung von Mädchen nicht gewährleistet sei, die teilweise keine Ausbildung machen dürfen.

Elisabeth Schulte

## Aktuelle Termine

### ■ Dezember

- 14.12. DG Leipzig, 12:00 Uhr, Mittagstisch, Restaurant Apels Garten, Dorotheenplatz
- 15.12. DG München: 19:00 Uhr, Abschlussgottesdienst
- 31.12. DG Erfurt, 18:00 Uhr, DG-Fahrt nach Köln und Bonn, Besuch bei B. Porovne

### ■ Januar

- 10.01. DG Köln: 19:30 Uhr Vortrag von Prof. Dr. Lothar Roos zum 200. Geburtstag von Bischof Emanuel Ketteler, Domforum Köln
- 13./14.01. DG Hamburg: Einkehrwochenende im Kloster Nütschau
- 16.01. DG Düsseldorf: 18:30 Uhr, exklusive Führung für den BKU im Museum Kunstpalast: Ausstellung „Weltklasse - Die Düsseldorfer Malerschule 1819-1918“
- 17.01. DG Köln: 19:00 Uhr, Interne Veranstaltung mit Unternehmern über Zukunftsvisionen des BKU
- 24.01. DG München: Bogenhausener Kreis: Entweltlichung der Kirche

- 29.01. DG Düsseldorf, 10:00 Uhr, Messe, 11:30 Uhr, BKU Neujahrsempfang mit NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann: „Bildungspolitik in NRW“, Maxhaus
- 30.01. Veranstaltung der DG Berlin

### ■ Februar/März

- 27.02. Veranstaltung der DG Berlin 02./
- 03.03. Konferenz der DG-Vorsitzenden in Frankfurt
- 06.03. DG Düsseldorf, 19:00 Uhr, BKU Abend-Jour Fixe, Wirtschaftsclub Düsseldorf
- 16./17.03. BKU-Frühjahrstagung in Altenberg (geplant)
- 22.03. DG Düsseldorf, 18:00 Uhr, Besuch der Bundesagentur für Arbeit, Düsseldorf, Referent: BKU-Mitglied Peter Jäger, Vorsitzender der Geschäftsführung: „Welche Bedeutung hat die Unternehmenskultur für die Fachkräftesicherung?“
- 23./24.03. BKU-Frühjahrstagung in Speyer
- 26.03. Veranstaltung der DG Berlin

- 31.03. DG Trier/Saar: 18:00 Uhr Kreuzweg für den Frieden in der Statio Dominus Mundi in Wustweiler

### ■ Vorschau

- 21.04. DG München Einkehrtag in Fürsteried
- 30.03.-01.04. Uniapac-Weltkongress Lyon
- 30.04.-06.05. BKU-Romreise
- 11.05. Frauenwörter Gespräche der bayerischen Gruppen auf der Insel Frauenchiemsee
- 11./12.05. Heilig Rock Wallfahrt nach Trier mit sozioethischem Symposium
- 16.-20.05. Katholikentag in Mannheim mit Beteiligung des BKU
- 24.-26.05. Eichstätter Gespräche
- 05.-07.10. Bundestagung in Paderborn
- 17.-19.01. 2013 Kongress Christlicher Führungskräfte Leipzig

## Ein Zeitzeuge der BKU-Gründung

Zum Tode des Freiburger Verlegers und BKU-Mitgliedes Dr. Hermann Herder

**Der katholische Verleger Dr. Hermann Herder ist tot. Der langjährige Leiter des gleichnamigen Freiburger Verlags starb am 12. November 2011 nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 85 Jahren im Kreis seiner Familie.**

Mit Hermann Herder verliert der BKU einen der letzten Zeitzeugen, die den Bund seit seiner Gründung begleitet haben. Herder war als junger Mann mit seinem Vater bei der BKU-Gründungsversammlung am 27. März 1949 dabei. Im Jahre 1958 wurde er selbst Mitglied und blieb dies bis zu seinem Tode.

**Seine Erinnerungen** aus der Frühzeit des Verbandes hat Hermann Herder bei einem Vortrag bei der BKU-Bundestagung im Oktober 2005 in Ingolstadt lebhaft vorgetragen. Er berichtete von einer abenteuerlichen Autofahrt von Freiburg zur BKU-Gründung in Königswinter, wo der damalige Kardinal Joesf Frings im feierlichen roten Mantel einzog.

Später stieß Herder dann zu den BKU-Junioren und lernte dort seine spätere Frau Mechthild Horten kennen. Die beiden heirateten 1960 und bekamen vier Kinder. Dass diese Verbindung kein Einzelfall war, illustrierte Herder in Ingolstadt mit einem Zitat des Gründungsvorsitzenden Franz Greiss: „Wenn es heißt, Ehen werden im Himmel geschlossen, dann



Dr. Hermann Herder †

Foto: Herder-Verlag

könne er nicht einsehen, dass sie nicht auch beim BKU geschlossen werden könnten. So wurde der Juniorenarbeit auch unter gesellschaftlichem Gesichtspunkt gebührende Aufmerksamkeit zugewandt“, erinnerte er sich.

**Herder leitete** den größten Verlag Deutschlands für Theologie und Religion seit 1963 in fünfter Generation. Ende der 1990er-Jahre übergab er die Leitung des Familienunternehmens an seinen Sohn Manuel. Als Verlagsleiter sorgte er für die Fortsetzung der 100-jährigen enzyklopädischen Arbeit mit neu bearbeiteten Auf-

lagen des Lexikons für Theologie und Kirche, dem Staatslexikon und weiteren Fachlexika. Mittelpunkt von Herders verlegerischer Arbeit blieb das religiöse und theologische Programm. Dabei berücksichtigte er besonders Autoren mit neuen theologischen Denksätzen. Für sein Engagement als Verleger erhielt Herder zahlreiche Ehrungen.

### Geboren wurde Hermann Herder

am 19. Januar 1926 in Rom. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften promovierte er 1952 mit einer Arbeit über Verleger- und Urheberrecht. Von 1953 bis 1955 absolvierte Herder in Barcelona eine Lehre als Buchhändler. Danach volontierte er in einem Bankhaus und einer Druckerei. 1957 trat er in den Verlag ein, der 1801 als unabhängiges Familienunternehmen in Meersburg gegründet wurde.

Von 1965 an war der Verstorbene auch Schatzmeister des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Mitglied der Stiftung Buchkunst und des Kuratoriums für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels sowie für einige Jahre Vorsitzender der Vereinigung des Deutschen Buchhandels. Im vergangenen Januar kündigte er an, seinen 85. Geburtstag ohne großes Aufsehen im Familienkreis begehen zu wollen, denn: „Ich bin in meinem Leben schon genug gefeiert worden!“

Peter Unterberg/KNA